



Demografiebericht Teil II für den Kreis Gütersloh

Entwicklungslinien und Herausforderungen in ausgewählten Handlungsfeldern

Diplom-Sozialwirtin Kerstin Schmidt,
Diplom-Kauffrau FH, Denise Kammeier,
Demografie lokal

herausgegeben von der pro Wirtschaft GT GmbH

mit freundlicher Unterstützung der



August 2007

1. Einleitung	3
2. Zentrale Herausforderungen aus demografischer Perspektive	6
3. Handlungsfeld Kindheit, Jugend und Familie	8
3.1 Geburtenrate	8
3.2 Betreuungsquote der Kinder bis 6 Jahre	9
3.3 Betreuungsangebote in Grundschulen	13
3.4 Familienzentren	15
3.5 Lokales Bündnis.....	17
3.6 Entwicklung der Gesundheit bei Kindern.....	17
3.7 <i>Herausforderungen</i>	20
4. Handlungsfeld Wirtschaft	22
4.1 Erwerbspersonenpotenzial.....	23
4.2 Arbeitsplatzentwicklung.....	25
4.3 Arbeitslosenquote.....	27
4.4 Ausbildungssituation	30
4.5 Berufspendler	31
4.6 Wirtschaftskraft	32
4.7 <i>Herausforderungen</i>	34
5. Handlungsfeld Bildung	37
5.1 Bevölkerungsentwicklung der 0- bis 19-Jährigen bis zum Jahr 2020.....	37
5.3 <i>Ausblick</i>	40
6. Handlungsfeld Seniorenpolitik	41
6.1 Bevölkerungsentwicklung der über 65-Jährigen bis zum Jahr 2020.....	43
6.2 Pflegestatistik 2005	46
6.3 Vollstationäre Pflegeeinrichtungen	48
6.3 Wohnen im Alter	50
6.4 <i>Herausforderungen</i>	52
7. Handlungsfeld Migration und Integration	54
7.1 Menschen mit Migrationshintergrund	54
7.2 Integration in Bildung und Ausbildung.....	57
7.3 Integration in Arbeit	58
7.4 <i>Herausforderungen</i>	61
8. Handlungsfeld Infrastruktur, ÖPNV und Siedlungsflächenentwicklung	63
8.1 <i>Herausforderungen</i>	68
Literatur- und Quellenverzeichnis	70

1. Einleitung

Der Kreis Gütersloh und seine kreisangehörigen Städte und Gemeinden verfügen derzeit über eine vergleichsweise starke soziale, wirtschaftliche und demografische Ausgangssituation in der Region Ostwestfalen-Lippe. Um diese stabilen Strukturen langfristig zu sichern und zukunftsfähig auszurichten, hat sich der Kreis entschlossen, die Auswirkungen des demografischen Wandels umfassend und frühzeitig zu bearbeiten.

Dabei ist zu beachten, dass die Auswirkungen des demografischen Wandels nahezu alle politischen Handlungsfelder im Kreis Gütersloh betreffen: Arbeitsmarkt, Wohnungsbau und Städteplanung, Kinder- und Familienpolitik, Kultur und Freizeit sowie die Seniorenpolitik.

Für die Gestaltung des demografischen Wandels in den zentralen Handlungsfeldern sind im Kreis Gütersloh optimale Ausgangsbedingungen und Stärken vorzufinden – entscheidende Faktoren im Wettbewerb der Regionen um Einwohner und gute Lebensbedingungen:

- Der Kreis Gütersloh ist, mit einer Anzahl von 132.961 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (Stand: 31.12.2006), ein hervorragender Arbeitsplatzstandort. So viele sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze werden in keinem anderen Kreis in Ostwestfalen-Lippe - einschließlich der Stadt Bielefeld - erreicht.
- Der Kreis Gütersloh gehört heute zu den jüngsten Kreisen in ganz Deutschland. Wie die Untersuchung der Universität Bielefeld zeigte, weisen die kreisangehörigen Städte und Gemeinden Geburtenraten zwischen 1,42 (Stadt Gütersloh) und 1,83 (in Harsewinkel) auf.¹ Eine Größenordnung, die nur noch in wenigen Regionen Deutschlands vorzufinden ist. Im Bundesdurchschnitt liegt die Geburtenrate bei 1,36.
- Die demografische Ausgangslage im Kreis Gütersloh ist ausweislich der aktuellen Prognose der Uni Bielefeld ausgesprochen positiv. Aufgrund der gleich bleibend hohen Geburtenraten und den durchweg positiven Wanderungssalden werden die Kommunen des Kreises Gütersloh auch in den nächsten 15 bis 20 Jahren noch weiter wachsen. Bis zum Jahr 2020 am stärksten wachsen werden die Kommunen Verl (+7,1 %), Rheda-Wiedenbrück (+4,8%) und Versmold (+4,5%). Auch mit Blick auf das Jahr 2035 liegen diese drei Kommunen an der Spitze der wachsenden Gemeinden im Kreisgebiet: Verl wächst nach der Bevölkerungsprognose um 11,5%, Rheda-Wiedenbrück um 9,5% und Versmold um 8,5%.

¹ Quelle für die aufgeführten demografischen Daten: E.-Jürgen Flöthmann, Alexander Fuhrmann, Reinhard Loos, Sylke Pilk, Universität Bielefeld, Bevölkerungsvorausberechnung für den Kreis Gütersloh, Bielefeld 2007.

Hierin zeigt sich die Attraktivität des Kreises als Wohn- und Wirtschaftsstandort. Vor allem die Wanderungssalden der kreisangehörigen Städte und Gemeinden sprechen hier für sich, denn sie sind ausnahmslos positiv. In keinem Fall ist ein negativer Wanderungssaldo gegeben.

Trotz dieser positiven Ausgangsbedingungen ist besonderes Augenmerk auf die Entwicklung der Alterstruktur des Kreises und seiner kreisangehörigen Städte und Gemeinden zu legen. Denn obwohl der Kreis Gütersloh vom Jahr 2006 bis zum Jahr 2020 - im Unterschied zu vielen anderen Regionen Deutschlands – in fast allen kreisangehörigen Städten und Gemeinden wachsen wird, wird sich die Alterstruktur im Kreis Gütersloh in den nächsten Jahren deutlich verändern. Hier sind insbesondere **vier Entwicklungslinien** von Bedeutung, die mittelfristig in allen Handlungsfeldern berücksichtigt werden müssen:

1. In allen von der Universität Bielefeld untersuchten Städten und Gemeinden des Kreises Gütersloh geht sowohl die Anzahl der unter dreijährigen Kinder als auch der Kinder im Kindergarten- und Grundschulalter – wenn auch in unterschiedlichem Maße - zurück. Und dies obwohl die Geburtenraten einen bundesweiten Spitzenplatz einnehmen. Zurückzuführen ist dies auf die bereits heute geringere Anzahl potenzieller Mütter. Rückgänge sind ebenso für die Altersgruppen der Kinder in der Primarstufe und in der Sekundarstufe I zu erwarten.
2. Keinen nennenswerten Rückgang gibt es dagegen in der Altersstufe der jungen Erwachsenen (20 bis 24 Jahre), die üblicherweise bereits berufstätig sind oder nach einer längeren Schulausbildung eine Hochschulausbildung absolvieren. Dies liegt im Kreis Gütersloh vor allem an den hohen Zuzügen in dieser Altersgruppe.
3. Bei der Gruppe der jüngeren Erwerbstätigen (25- bis 44-Jährige) gibt es deutliche Rückgänge, bei der Gruppe der älteren Erwerbstätigen (45- bis 64-Jährige) deutliche Zuwächse.
4. Während für die jüngeren Renter (65- bis 79-Jährige) eine stabile Entwicklung zu erwarten ist, ist bei der Gruppe der Hochbetagten (80-Jährige und Ältere) teilweise von einer Verdoppelung der Bevölkerungszahl dieser Altersgruppe bis zum Jahr 2020 auszugehen.

Die Entwicklung der Altersstruktur nach dem Jahr 2020 wird sich gravierend verändern. Denn etwa ab dem Jahr 2020 werden die geburtenstarken Jahrgänge aus den 1960er-Jahren in das Rentenalter eintreten. Diese Entwicklung wird in einigen Gemeinden sehr deutlich zu spüren sein (z. B. in Halle), während sie in anderen Gemeinden moderater ausfällt. Für alle Gemeinden wird ein starker Anstieg der Altersgruppe der über 60-Jährigen bis zum Jahr 2035 prognostiziert.

Da sich der Kreis Gütersloh frühzeitig intensiv und beteiligungsorientiert mit den Auswirkungen des demografischen Wandels befasst, liegt darin die große Chance, auf die sich abzeichnenden Entwicklungen innerhalb der Veränderung der Altersstruktur zu reagieren und die Potenziale für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in den verschiedensten Handlungsfeldern des Kreises Gütersloh zu nutzen.

Im Demografiebericht Teil II werden die Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf die Handlungsfelder Kinder, Jugend und Familie, Wirtschaft und Arbeitsmarkt, Bildung, Seniorenpolitik, Migration und Integration sowie Infrastruktur dargestellt. Zu diesem Zweck sind Daten ausgewählt worden, die für die demografische Perspektive eine besondere Bedeutung haben. Aufgrund der unterschiedlichen Datenlagen in den jeweiligen Handlungsfeldern können im Bericht nicht immer die gleichen Zeitreihen betrachtet werden. Dort wo Daten für die Städte- und Gemeindeebene vorlagen, wurden sie in den Bericht eingearbeitet.

Kerstin Schmidt,
Diplom-Sozialwirtin,
Demografie lokal

August 2007

2. Zentrale Herausforderungen aus demografischer Perspektive

Aus demografischer Perspektive steht der Kreis Gütersloh vor den folgenden Herausforderungen, die für alle Handlungsfelder gelten:

- Die derzeitige, stabile Entwicklung im Kreis Gütersloh darf nicht mit dauerhafter Stabilität verwechselt werden. Bei einer – auch durch die bundesweite demografische Entwicklung und die wachsende Mobilität der Bürgerschaft – verschärften Standortkonkurrenz können Stabilität und Wachstum ohne proaktive Entwicklungssteuerung gerade bei kleineren und mittelgroßen Kommunen und im ländlichen Raum schnell in Labilität umschlagen.
- Da sich die Altersstruktur im Kreis Gütersloh stark verändern wird, kommt es heute darauf an, ein umfassendes Konzept zu entwickeln. Dieses Konzept muss einerseits darauf abzielen, in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und den Betrieben die junge Bevölkerung innerhalb des Kreises bzw. der Region zu halten (insbesondere die Gruppe der Bildungswanderer zwischen 18 und 24 Jahren). Andererseits ist mit entsprechenden Angeboten auf die wachsende Anzahl der älteren Menschen zu reagieren. Letzteres bezieht sich sowohl auf die Themen Wohnen im Alter, die Pflege als auch auf die Seniorenwirtschaft.
- Aus der Stärke als Wohnstandort für Familien, die in den meisten Städten und Gemeinden des Kreises Gütersloh existiert, resultiert die eindeutige Vorgabe, dieses Profil vor allem in qualitativer Hinsicht weiter auszubauen. Dies ist auch deshalb wichtig, weil Veränderungen der Erwerbstätigkeiten und auf dem Arbeitsmarkt sehr intensive Wechselwirkungen mit den familienorientierten Strukturen haben.
- Bei der Weiterentwicklung des Wirtschaftsraumes im Kreis Gütersloh gilt es, frühzeitig auf die Auswirkungen des demografischen Wandels für die Personalstruktur in den Betrieben und den Arbeitsmarkt zu reagieren. Es rücken weniger qualifizierte Nachwuchskräfte nach und die Anzahl der älteren Beschäftigten wird zunehmen. Gleichzeitig bedingt die Zunahme der älteren Bevölkerung auch Chancen für die Unternehmen und den Arbeitsmarkt, z. B. im Bereich der Seniorenwirtschaft.
- Die demografischen Prozesse wirken sich auch auf die Infrastrukturplanung und die Siedlungsentwicklung aus. Dies erfordert eine eingehende Beschäftigung mit zukunftsgerichteten Planungsfragen im Kreis Gütersloh mit dem Ziel der Stärkung der Innenstädte und Ortskerne. Einen besonderen Stellenwert nimmt hierbei die Kooperation zwischen den Städten und Gemeinden ein.

Die Attraktivität einer Region hat Einfluss auf die jetzige und künftige Bevölkerungsentwicklung und steht damit in direktem Zusammenhang mit dem demografischen Wandel.

Nachfolgend werden verschiedene Handlungsfelder näher betrachtet, um Aussagen über Stärken und Schwächen des Kreises Gütersloh und die Auswirkungen des demografischen Wandels auf das jeweilige Handlungsfeld (dargestellt an ausgewählten Indikatoren) zu treffen. Jedes Handlungsfeld schließt mit der Benennung der wesentlichen Herausforderungen der Zukunft ab, die sich aus der Datenlage und dem bisherigen Handeln des Kreises Gütersloh und seiner kreisangehörigen Städte und Gemeinden ergeben.

Der Kreis Gütersloh wird den demografischen Wandel aktiv begleiten und gestalten. Im Dialog mit seinen Partnern, den Städten und Gemeinden, der Wirtschaft und den ehrenamtlichen Einrichtungen geht es nach der Veröffentlichung des Demografieberichtes in der nächsten Phase darum, konkrete Handlungsschwerpunkte mit realistischen Strategien und praktischen Projekten zu erarbeiten, damit der Kreis Gütersloh auch weiterhin zukunftsfähig bleibt.

Ziel einer zukunftsorientierten, vorausschauenden Entwicklung des Kreises Gütersloh muss es daher sein, im Schulterschluss zwischen Politik, Kreisverwaltung, Bürgerschaft, Vereinen, Wirtschaft, Freien Trägern und öffentlichen Einrichtungen die Handlungsfelder weiter zu entwickeln und konsequent an die sich verändernden demografischen Entwicklungen anzupassen. Vernetzung und Transparenz haben in diesem Prozess einen hohen Stellenwert. Die Gestaltung des demografischen Wandels ist eine langfristige, generationsübergreifende Aufgabe.

3. Handlungsfeld Kindheit, Jugend und Familie

Die Kinder-, Jugend- und Familienpolitik wird sich in den nächsten Jahren zu einem immer stärker werdenden Standort- und Wettbewerbsfaktor zwischen den Regionen entwickeln. Auch der Kreis Gütersloh trägt bisher das Image eines vergleichsweise jungen und prosperierenden Kreises nach außen und hat sich als attraktiver Lebens- und Wohnstandort für Familien bereits profiliert. Bis auf die Stadt Gütersloh sind die kreisangehörigen Städte und Gemeinden Auspendlerwohnorte mit einem vergleichsweise hohen Familienanteil. Vor diesem Hintergrund wird es zukünftig darauf ankommen, ob es dem Kreis und seinen kreisangehörigen Städten und Gemeinden in enger Zusammenarbeit gelingt, ein kinder- und familienfreundliches Klima vor Ort zu realisieren und die dafür erforderlichen Rahmendbedingungen und Angebote langfristig sicherzustellen.

Im Wettbewerb der Städte und Gemeinden wird zukünftig die Qualität und Flexibilität der Bildungs- und Betreuungsangebote entscheidend sein. Angesichts der Lage des Kreises Gütersloh in der Nähe zu Bielefeld und den angrenzenden Kreisen Warendorf und Paderborn, besteht für den Kreis Gütersloh die Chance und zugleich die Herausforderung, die Lebensbedingungen für Kinder, Jugendliche und Familien weiter zu stärken und qualitativ auszubauen.

Die zentrale Frage dabei ist, wie der Kreis als Lebensmittelpunkt für Kinder, Jugendliche und Familien von heute auch morgen noch attraktiv bleiben kann.

3.1 Geburtenrate

Nach der aktuellen Prognose der Universität Bielefeld weist der Kreis Gütersloh überdurchschnittliche Geburtenrate auf. Während diese im bundesdeutschen Durchschnitt derzeit bei 1,36 Geburten pro Frau liegt, beträgt sie in den kreisangehörigen Gemeinden zwischen 1,42 in Gütersloh und 1,83 in Harsewinkel (im Durchschnitt der Jahre 2001 bis 2006). Aufgrund der Bevölkerungsstruktur reichten diese Fertilitätsraten in vielen Gemeinden sogar aus, um die Sterbefälle auszugleichen, sodass es in der Summe der letzten 6 Jahre mehr Geburten als Sterbefälle gab. In Relation weisen Harsewinkel einen besonders hohen und Herzebrock-Clarholz und Schloß Holte-Stukenbrock einen hohen Geburtenüberschuss auf.

Die Folgen der Alterung wird aber auch der Kreis Gütersloh zu spüren bekommen. Denn bereits bis zum Jahr 2020 werden die Grundschülerzahlen um fast 20 % zurückgehen und die Zahl der Kinder im Kindergartenalter um mehr als 10 %.

Entwicklung der 0- bis 10-Jährigen im Kreis Gütersloh von 2006 bis 2020 in %													
	Borgholzhausen	Gütersloh	Halle	Harsewinkel	Herzebrock Clarholz	Langenberg	Rheda- Wiedenbrück	Schoß Holte- Stukenbrock	Steinhagen	Versmold	Rietberg	Verl	Werther
0 – 3 Jährige	-3,3	-7,5	-12,6	-6,3	-10,8	-14,3	-5,7	-7,9	-6,5	-4,0	-6,6	-7,2	-14,1
4 – 6 Jährige	-13,0	-12,8	-18,5	0,6	-8,4	-23,8	-7,1	-18,2	-16,7	-7,7	-16,4	-12,3	-26,1
7 – 10 Jährige	-11,5	-16,7	-19,2	-12,8	-20,3	-29,1	-13,7	-26,0	-20,8	-15,5	-21,2	-16,1	-19,0

Quelle: Flöthmann, Fuhrmann, Loos, Pilk, Eigene Berechnungen, Bielefeld 2007.

3.2 Betreuungsquote der Kinder bis 6 Jahre

Ausreichend Betreuungsangebote für Kinder erleichtern es berufstätigen Eltern, die Familie und den Beruf miteinander zu vereinbaren. Dabei sind insbesondere Alleinerziehende, Berufstätige aber auch pflegende Familienmitglieder auf die Möglichkeiten der Kinderbetreuung angewiesen.

Die Betreuungsangebote in Kindertageseinrichtungen sind zu differenzieren in Angebote für Kinder im Alter von 4 Monaten bis unter 3 Jahren sowie von 3 bis 6 Jahren. Die nachfolgenden Darstellungen geben einen Überblick über den Stand der Betreuungsplätze im Kreis Gütersloh und seinen kreisangehörigen Städten und Gemeinden zum August 2006.

Kinder im Alter von 4 Monaten bis unter 3 Jahren

Das Land NRW zielt darauf ab, die Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Familie und Beruf nachhaltig zu verbessern. Bis zum Jahr 2010 soll eine Versorgungsquote von mindestens 20 % für die Kinder von 4 Monaten bis unter 3 Jahren erreicht werden. Zur Orientierung an den individuellen Bedarfen vor Ort werden die Besonderheiten der einzelnen Kommune und die bestehende Betreuungsstrukturen berücksichtigt.

Für die Versorgung von unter 3-jährigen Kindern kommen die Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und Spielgruppen in Betracht.

Für Kinder bis zur Vollendung des 2. Lebensjahres findet die außerfamiliäre Betreuung in der Kindertagespflege und den Kindertageseinrichtungen statt. Die Kindertagespflege ist ein familienähnliches und flexibles Kinderbetreuungsangebot, die das Angebot der 122 Kindertageseinrichtungen im Kreis Gütersloh ergänzt. Es wird überwiegend für

Kinder unter 3 Jahren in Anspruch genommen (2005/2006 53 % der Gesamtanfragen der Kinder).

Im Kreis Gütersloh gibt es in den Städten und Gemeinden 13 Vermittlungsstellen für Kindertagespflege, die die Werbung, Beratung und Vermittlung im Auftrag des Kreises Gütersloh durchführen.

Eine bessere Versorgung der 2-jährigen Kinder kann durch die Nutzung freier Kindergartenplätze der Altersgruppe der 3- bis unter 6-jährigen Kinder gewährleistet werden. Diese freien Plätze können abweichend von der geltenden Betriebserlaubnis mit Kindern anderer Altersgruppen belegt werden (maximal 20 % der Plätze der Kindertageseinrichtung).

Bei der Aufnahme von 2-jährigen Kindern wird dem höheren Betreuungsaufwand durch eine Reduzierung der Gruppengröße entsprochen.

Die nachfolgende Übersicht informiert über die Entwicklung der Anzahl der betreuten Kinder unter 3 Jahren in einer Tageseinrichtung im Kreis Gütersloh.

Tageseinrichtungen für Kinder		
	Plätze in Tageseinrichtungen für Kinder (4 Monate bis unter 3 Jahre) (Stand 01.08.2006)	Betreuungsquote in %
Borgholzhausen	9	3,81
Stadt Gütersloh	162	8,10
Halle W.	18	3,13
Harsewinkel	27	3,20
Herzebrock-Clarholz	18	4,05
Langenberg	9	4,31
Rheda-Wiedenbrück	36	2,88
Rietberg	27	3,30
Schloß Holte-Stukenbrock	18	2,65
Steinhagen	18	3,51
Verl	27	4,21
Versmold	18	3,32
Werther	18	5,77
Kreis Gütersloh	405	4,01
Kreis Gütersloh	243 (ohne Stadt Gütersloh)	3,44 (ohne Stadt Gütersloh)

Quelle: Kreis und Stadt Gütersloh, eigene Darstellung.

Die Anzahl der betreuten Kinder in Kindertageseinrichtungen konnte in dem Zeitraum 2002 bis 2006 um 2 % gesteigert werden. Gleichzeitig ist die Anzahl der Kinder dieser Altersgruppe im gleichen Zeitraum zurückgegangen.

Ziel der Stadt Gütersloh ist es, bis zum Jahr 2010 insgesamt 390 Plätze in der U3-Betreuung zur Verfügung zu stellen.

Im Kreis Gütersloh hat sich die Betreuungsquote der unter 3-jährigen Kinder seit dem Jahr 2003/2004 nahezu verdoppelt.

Tageseinrichtungen für Kinder² (4 Monate bis unter 3 Jahre)		
Jahr	Anzahl der Kinder in der Altersgruppe (jeweils zum 30.6. d. J.)	Betreuungsquote in %
2003/2004	7.886	1,86
2004/2005	7.156	2,05
2005/2006	7.250	3,35
2006/2007	7.061	3,44

Quelle: Kreis Gütersloh, eigene Darstellung.

Die vom Kreis Gütersloh angestrebte Grundversorgung für 2,5 bis 3 % der Kinder dieser Altersgruppe ein Betreuungsangebot in einer Kindertageseinrichtung vorhalten zu können, wurde im Jahr 2006 erreicht.

² Ohne Stadt Gütersloh.

Kinder im Alter von 3 Jahren bis zum Schuleintritt

Die Kinder im Alter von 3 Jahren bis zum Schuleintritt haben einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz. Die Eltern können ergänzend zur Betreuung in einer Kindertageseinrichtung die Kindertagespflege nutzen.

Dem Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für Kinder von 3 Jahren bis zum Beginn der Schulpflicht wird im Kreis Gütersloh wie folgt entsprochen:

Kindergartenplätze im Kreis Gütersloh		
	Summe aller Plätze für Kinder mit Rechtsanspruch (Stand 01.08.2006)	Betreuungsquote in %
Borgholzhausen	276	88,5
Stadt Gütersloh	2.762	100,0
Halle W.	657	93,2
Harsewinkel	853	95,7
Herzebrock-Clarholz	577	106,1
Langenberg	276	100,0
Rheda-Wiedenbrück	1484	102,7
Rietberg	1013	100,7
Schloß Holte-Stukenbrock	837	98,2
Steinhagen	647	100,3
Verl	823	103,1
Versmold	632	97,7
Werther	360	100,0
Kreis Gütersloh	11.197	99,5

Quelle: Kreis und Stadt Gütersloh, eigene Darstellung.

Seit dem Jahr 2005 sind in einzelnen Gemeinden teilweise mehr Betreuungsplätze vorhanden als Kinder, da sich die Anzahl der Kinder von 3 bis 6 Jahren verringert hat.

In der Über-Mittag-Betreuung der Kindertagesbetreuung befanden sich im Kindergartenjahr 2006/2007 in den Einrichtungen des Kreises ca. 750 – 800 Kinder.

Sofern nicht belegte Plätze für Kinder anderer Altersgruppen (insbesondere für 2-Jährige) genutzt werden, reduziert sich die rechnerische Zahl der Plätze für Kinder von 3 bis 6 Jahren.

3.3 Betreuungsangebote in Grundschulen

Um geregelt einer beruflichen Tätigkeit nachgehen zu können, müssen Betreuungsangebote auch über das Kindergartenalter hinaus gesichert sein.

Maßgebliches Angebot ist hier der offene Ganztags in Grundschulen. Grundschulen, die nicht über dieses Angebot verfügen, bieten häufig andere Betreuungsmöglichkeiten an. Dabei handelt es sich um die vom Land geförderten Angebote „Schule von 8 bis 1“ und „13 plus“.

Die offene Ganztagsgrundschule ist ein freiwilliges, vom Land NRW gefördertes, Angebot an Eltern und Kinder, um eine Verbesserung der Bildungsqualität und mehr individuelle Förderung zu gewährleisten. Gleichzeitig wird angestrebt, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Die offene Ganztagsgrundschule bietet bedarfsgerechte und verlässliche Ganztagsangebote in der Schulzeit, an unterrichtsfreien Tagen und in den Ferien.

Die Einrichtung offener Ganztagsgrundschulen wird seit dem 01.08.2003 gefördert. Voraussetzungen für die Anerkennung als offene Ganztagsgrundschule sind, dass Eltern mindestens 25 Schüler für das Angebot angemeldet haben, es ein pädagogisches Konzept der Schule gibt und eine Abstimmung über die Beteiligung der Schulträger in deren parlamentarischen Gremien erfolgt ist.

Im Kreis Gütersloh gibt es aktuell 70 Grundschulen, von denen zum Schuljahr 2006/2007 insgesamt 52 den offenen Ganztags anbieten. Alle Gemeinden des Kreises Gütersloh verfügen über mindestens eine offene Ganztagsgrundschule. Im Schuljahr 2005/2006 hatten lediglich 30 Grundschulen im Kreis Gütersloh den offenen Ganztags. Die Ganztagsangebote in Grundschulen weisen damit eine steigende Tendenz auf.

Anzahl der offenen Ganztagsgrundschulen						
	Schuljahr 2005/2006			Schuljahr 2006/2007		
	Anzahl Grundschulen	davon mit OGS	in %	Anzahl Grundschulen	davon mit OGS	in %
Kreis Gütersloh ³	70	30	42,8	70	52	74,3
Stadt Gütersloh ⁴	19	9	48,0	20	17	85,0

Quelle: Kreis und Stadt Gütersloh, Eigene Darstellung.

In dem Schuljahr 2007/2008 hat die Stadt Gütersloh an allen Grundschulen den Offenen Ganztags eingeführt.

Für einen Aufschluss über die Annahme des Angebotes ist die Anzahl der tatsächlich betreuten Schulkinder zu betrachten.

³ Ohne Stadt Gütersloh

⁴ In der Stadt Gütersloh ist im Jahr 2006/2007 eine weitere Förderschule dazu gekommen.

Schülerzahlen OGS im Kreis Gütersloh														
Schuljahr	Borgholzhausen	Gütersloh ⁵	Halle/Westf	Harsewinkel	Herzebrock-Clarholz	Langenberg	Rheda-Wiedenbrück	Rietberg	Schloß Holte-Stukenbrock	Steinhagen	Verl	Versmold	Werther	gesamt
2003/2004	-	50	50	69	-	-	-	-	-	-	-	-	-	169
2004/2005	25	110	50	69	-	-	65	-	-	20	-	52	-	391
2005/2006	43	349	76	91	72	29	128	-	42	41	81	49	38	1039
2006/2007	47	631	130	94	75	31	277	105	78	119	98	88	43	1816

Quelle: Kreis und Stadt Gütersloh, Eigene Darstellung.

Die Versorgungsquote hat sich seit dem Schuljahr 2003/2004 sehr positiv entwickelt und deutet auf den wachsenden Zuspruch dieses Angebotes hin.

	Nutzung des offenen Ganztags in Grundschulen auf Kreisebene		
	Anzahl betreuter Schulkinder	Anzahl Schulkinder	Versorgungsquote in %
Schuljahr 2003/2004	119	13.412	0,88
Schuljahr 2004/2005	281	13.301	2,11
Schuljahr 2005/2006	690	13.212	5,22
Schuljahr 2006/2007	1.185	12.971	9,13

Quelle: Kreis Gütersloh, eigene Darstellung.

⁵ Im Schuljahr 2007/2008 werden laut Prognose der Stadt Gütersloh etwa 847 Schulkinder den OGS besuchen. Dies entspricht einer Versorgungsquote von 20,6 %. Die endgültigen Zahlen liegen erst zum 1.10.2007 vor.

	Nutzung des offenen Ganztags in Grundschulen in der Stadt Gütersloh		
	Anzahl betreuter Schulkinder	Anzahl Schulkinder	Versorgungsquote in %
Schuljahr 2003/2004	50	4.371	1,15
Schuljahr 2004/2005	110	4.333	2,54
Schuljahr 2005/2006	349	4.278	8,16
Schuljahr 2006/2007	631	4.257	14,83

Quelle: Stadt Gütersloh, eigene Darstellung.

Die Kosten für die offene Ganztagsgrundschule (OGS) werden aus Mitteln des Landes NRW, durch die Städte und Gemeinden sowie durch Elternbeiträge finanziert.

Zusätzlich zu dem Angebot der OGS werden kreisweit 110 Betreuungsplätze für Schulkinder in 11 großen altersgemischten Gruppen angeboten – damit steht für 0,84 % der Altersgruppe der 6- bis 10-Jährigen ein Platzangebot in den Kindertageseinrichtungen zur Verfügung.

Die Schulkinderbetreuung in den Kindertageseinrichtungen wird perspektivisch nicht mehr gefördert werden (vgl. geplantes Kinderbildungsgesetz NRW 2007). Stattdessen soll die Betreuung durch die offene Ganztagsgrundschule und ggf. ergänzende Kindertagespflege gewährleistet werden.

Die Nutzungsquote der OGS und die Schulkinderbetreuung in den Kindertageseinrichtungen zusammengerechnet ergibt kreisweit insgesamt eine Betreuungsquote von 9,8 % der Kinder der Altersgruppe der 6- bis 10-Jährigen für das Schuljahr 2006/2007.

3.4 Familienzentren

NRW ist das erste Bundesland, das flächendeckend Familienzentren einrichtet. Bildung, Erziehung und Betreuung als Aufgabe der Kindertageseinrichtungen sollen mit Angeboten der Beratung und Hilfe für Familien zusammengeführt werden. Mit den Familienzentren werden seitens der Landesregierung NRW folgende Ziele verfolgt:

- Familien mit Kindern besser und zielgerichteter unterstützen,
- die frühkindlichen Bildung und Förderung verbessern,
- die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern.

Der Kreis Gütersloh hat als einer der ersten Kreise in NRW frühzeitig und vor Einführung der Förderung des Landes NRW im Jahr 2004 beschlossen, Familienzentren in einem Pilotprojekt aufzubauen. Bereits seit dem 01.01.2005 fördert der Kreis Gütersloh ein 3-jähriges Pilotprojekt in den Städten/Gemeinden Harsewinkel, Rheda-Wiedenbrück, Rietberg und Steinhagen zum Aufbau von Familienzentren mit 80.000 Euro pro Jahr aus Kreismitteln (Modell Kreis Gütersloh). Ende 2007 erfolgt die Evaluation der Familienzentren des Kreises.

Darüber hinaus sind auch in den Kommunen Borgholzhausen, Halle/Westf., Langenberg, Verl, Versmold und Werther Familienzentren eingerichtet worden, die von den Städten und Gemeinden in unterschiedlicher Weise unterstützt werden.

Mit Beginn des Kindergartenjahres 2006/2007 wurden im Rahmen des Landesprogramms zum Aufbau von Familienzentren NRW in Kindertageseinrichtungen im Kreis Gütersloh zwei Familienzentren in Verl und Schloß Holte-Stukenbrock in das Pilotprojekt einbezogen.

Der Kreis Gütersloh will das vom Land zugesagte Kontingent an geförderten Familienzentren nutzen und verfolgt die langfristige Strategie, bis zum Jahr 2012 insgesamt 52 Familienzentren kreisweit aufzubauen. Er setzt damit eindeutige Prioritäten im Bereich der Förderung von Familien und Kindern.

Kommunen	Familienzentren im Kreis Gütersloh		
	Modell Kreis Gütersloh/Stadt Start: 1.1.2005	Förderpakete ab Sommer 2007 ⁶	Gesamtkontingent bis 2012
Borgholzhausen		1	Ausbauplanung für insgesamt 52 Familienzentren kreisweit; In der Stadt Gütersloh sieht die Ausbauplanung 16 Familienzentren vor.
Stadt Gütersloh	2	4-5	
Halle/ W.		2	
Harsewinkel	1	2	
Herzebrock-Clarholz		1	
Langenberg		-	
Rheda-Wiedenbrück	1	3	
Rietberg	1	2	
Schloß Holte-Stukenbrock		2	
Steinhagen	1	2	
Verl		2	
Versmold		2	
Werther/W.		1	
Kreis Gütersloh	4	24-25	68

Quelle: Kreis und Stadt Gütersloh, eigene Darstellung.

⁶ inkl. Familienzentren Verl und Schloß Holte-Stukenbrock aus der Pilotphase (ab 2006)

Bei der Auswahl der zukünftigen Familienzentren geben die Jugendämter für ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereich gegenüber dem Land NRW eine Empfehlung ab, welche Kindertageseinrichtung eine Zertifizierung erhalten und zu Familienzentren weiterentwickelt werden sollen.

Familienzentren in NRW erhalten in der Entwicklungsphase und nach der erfolgreichen Zertifizierung 12.000 Euro pro Jahr Landeszuschuss zusätzlich zu der Betriebskostenförderung als Kindertageseinrichtung. Damit sollen spezielle Angebote wie z. B. ein Ausbau der Familienbildung und die Familienberatung ermöglicht und die Vernetzung und Koordinierung innerhalb der Sozialräume unterstützt werden. Das Gütesiegel wird für drei Jahre verliehen.

Die Familienzentren in der Stadt Gütersloh sind in den jeweiligen Sozialräumen angesiedelt. Zum Zeitpunkt der Berichtslegung stand noch nicht fest, ob in der 2. Förderphase (2007/2008) vier oder fünf Familienzentren gefördert werden.

3.5 Lokales Bündnis

Eine Besonderheit ist im Kreis Gütersloh das Anliegen, Unternehmen und Betriebe verstärkt in die Schaffung von Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf einzubinden. Dazu hat das Lokale Bündnis für Familie im Kreis Gütersloh am 17. April 2007 den Wettbewerb „familie gewinnt“ gestartet, bei dem kleine und mittlere Unternehmen für erste Schritte einer familienorientierten Personalpolitik und Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf ausgezeichnet werden. Die Preisträger werden im November 2007 ausgezeichnet.

3.6 Entwicklung der Gesundheit bei Kindern

Für die Kindergesundheit im Kreis Gütersloh können vor allem die Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchungen als Indikatoren dienen⁷. Da die Kinder im Rahmen der Einschulung vom Kinder- und Jugendärztlichen Dienst ärztlich untersucht werden, bilden die Schuleingangsuntersuchungen eine gute Datenquelle auf Kreis- und Gemeindeebene.

Die bei den Schuleingangsuntersuchungen dokumentierten Befunde beziehen sich u.a. auf Körpergröße, Gewicht, weitere klinische Untersuchungsergebnisse, aber auch auf das Verhalten. Seit Herbst 2003 wird zusätzlich ein Screening des Entwicklungsstandes (S-ENS) standardisiert durchgeführt. Mit dem Screening können Auffälligkeiten in den schulrelevanten Leistungsbereichen wie z.B der Körperkoordination identifiziert werden.

⁷ Siehe dazu auch den Gesundheitsbericht des Kreises Gütersloh, Mai 2005.

Für eine gesunde körperliche und seelische Entwicklung, aber auch zur Vorbeugung späterer chronischer Krankheiten wie z.B. Bluthochdruck, Diabetes und Gelenkschäden sollten sich Kinder regelmäßig im Alltag bewegen und sich gesund ernähren. Aus diesem Grund werden nachfolgend beispielhaft die Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchungen in den Bereichen Gewicht und Körperkoordination dargestellt.

Übergewicht und Adipositas

Die Schulanfängeruntersuchungen der Abteilung Gesundheit belegen auch für den Kreis Gütersloh eine Zunahme von Übergewicht und Adipositas im Kindesalter in den letzten Jahren.

Im Jahr 2006 lag die Zahl der übergewichtigen und adipösen Schulanfänger in den 13 Städten und Gemeinden des Kreises Gütersloh durchschnittlich bei 9,3 %, 2002 waren es noch 8,1 % (im Rahmen der Schuleingangsuntersuchungen wurden 2006 insgesamt 4.065 Einschüler erfasst).

Übergewichtige und adipöse Kinder im Kreis Gütersloh im Jahr 2006 in %														
Schuljahr	Borgholzhausen	Gütersloh	Halle/Westf.	Harsewinkel	Herzebrock-Clarholz	Langenberg	Rheda-Wiedenbrück	Rietberg	Schloß Holte-Stukenbrock	Steinhagen	Verl	Versmold	Werther	gesamt
2006	10,8	8,5	8,0	8,5	13,5	5,0	10,4	9,5	7,5	11,4	11,0	10,9	6,2	9,3

Quelle: Schuleingangsuntersuchungen Kreis Gütersloh, Eigene Darstellung.

Körperkoordination

Eine weiterer Indikator zur Gesundheit bei Kindern ist die Fähigkeit zur Körperkoordination, der ebenfalls bei den Schuleingangsuntersuchungen untersucht wird. Diese Ergebnisse können ebenfalls herangezogen werden.

„Unsere Kinder sind zu dick und bewegen sich zu wenig“. Zu diesem Ergebnis kommt auch die bundesweite Kinder- und Jugendgesundheitsstudie KIGGS des Robert Koch Institutes, an der auch Kinder aus Herzebrock-Clarholz teilgenommen haben. An 167 Orten in ganz Deutschland wurden von Mai 2003 bis Mai 2006 insgesamt rund 18.000 Kinder und Jugendliche untersucht und befragt.

Nach der Studie finden sich Übergewicht und Adipositas häufiger bei Kindern aus sozial benachteiligten Schichten, bei Kindern mit Migrationshintergrund und bei Kindern, deren Eltern ebenfalls übergewichtig sind.

Regelmäßige körperliche Aktivität ist eine der wichtigsten Voraussetzungen dafür, dass Kinder gut und gesund aufwachsen.

Während in Deutschland noch drei Viertel der Kinder zwischen 3 und 10 Jahren täglich im Freien spielen, wird dieser Anteil mit zunehmendem Alter immer geringer. Statt dessen stehen Fernsehen und Computerspiele auf dem Programm. Dies hat nicht nur Einfluss auf die körperliche Fitness, auch das Ernährungsverhalten wird durch den Medienkonsum geprägt.

Mangelnde Körperkoordination bei Kinder im Kreis Gütersloh im Jahr 2006 in %														
Schuljahr	Borgholzhausen	Gütersloh	HalleWestf.	Harsewinkel	Herzebrock-Clarholz	Langenberg	Rheda-Wiedenbrück	Rietberg	Schloß Holte-Stukenbrock	Steinhagen	Verl	Versmold	Werther	gesamt
2006	6,9	14,3	15,4	5,6	7,3	4,1	12,0	12,0	6,2	14,7	8,6	10,6	22,2	10,7

Quelle: Schuleingangsuntersuchungen Kreis Gütersloh, Eigene Darstellung.

Die KIGGS-Studie hat nachgewiesen, dass Kinder mit niedrigem Sozialstatus und mit Migrationshintergrund etwa zwei bis dreimal seltener Sport treiben als Kinder mit hohem Sozialstatus und ohne Migrationshintergrund.

Für eine gesunde körperliche und seelische Entwicklung, aber auch zur Vorbeugung späterer chronischer Krankheiten sollten sich Kinder regelmäßig im Alltag bewegen und sich durch körperliche Betätigung fit halten.

Die Förderung von gesunder Ernährung und Bewegung gewinnt in Kindertageseinrichtungen und Grundschulen zunehmend an Bedeutung. Beispiele für gesundheitsfördernde Aktivitäten der Abteilung Gesundheit sind im Bereich der Kindertageseinrichtungen das regionale OPUS-Kita-Netzwerk Bildung und Gesundheit des Landes NRW und in den Grundschulen das Projekt „Ernährung und Bewegung in Offenen Ganztagsgrundschulen“.

3.7 Herausforderungen

Angesichts der bereits laufenden Aktivitäten auf Kreis- und Gemeindeebene kommt es in den nächsten Jahren darauf an, in enger Zusammenarbeit aller kreisangehörigen Städte und Gemeinden und der lokalen Akteure, das Profil als kinder-, jugend- und familienfreundlicher Kreis weiter zu schärfen und qualitativ auszubauen.

Wenn dies gelingt, hat der Kreis Gütersloh die große Chance, sich als kinder- und familienfreundliche Region im Standortwettbewerb auch überregional behaupten zu können und die im regionalen und überregionalen Vergleich positive Bevölkerungsentwicklung langfristig zu nutzen.

Der Kreis Gütersloh steht in diesem Prozess vor den folgenden Herausforderungen:

1. Transparenz und Vernetzung schaffen

Die Transparenz und Vernetzung möglichst vieler Angebote muss ein elementarer Baustein auf dem Weg zu einer gelebten kinder-, jugend- und familienfreundlichen Politik sein. Um einen schnellen und niedrigschwelligen Zugang für die Bürger zu ermöglichen, sollte das breite Leistungsspektrum des Kreises Gütersloh z. B. auf den Internetseiten der kreisangehörigen Kommunen dargestellt werden.

2. Zusammenarbeit der Institutionen und der lokalen Akteure unterstützen

Eine Vernetzung, gesteuert durch den Kreis Gütersloh, zwischen Kindertagesstätten, Kindergärten und Schulen führt zu einer fachlichen Bereicherung, einer besseren Nutzung der Ressourcen, mehr Verständnis zwischen den Institutionen und letztendlich einem besseren Angebot für die Bürger.

3. Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien fördern

Im Hinblick auf die zukünftige Entwicklung des Standortes ist die Bildung und die Qualifikation der nachfolgenden Generation ein Schlüsselement – insbesondere aufgrund des sich verringernden Erwerbspersonenpotenzials. Insofern ist bei der Entscheidung über die Vergabe der zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel ein Schwerpunkt in die Förderung benachteiligter Kinder und Jugendliche zu legen. Da der Kreis Gütersloh nahezu alle Kinder im Alter zwischen 3 und 6 Jahren über die Kindergärten erreicht, sind dies sehr gute Ausgangsbedingungen.

4. Vereinbarkeit von Familie und Beruf systematisch weiter entwickeln

Die Schaffung einer verlässlichen, flexiblen und qualitätsvollen Betreuungsperspektive für Kinder und Jugendliche im Alter von 4 Monaten bis 14 Jahren ist die wesentliche Herausforderung auf dem Weg, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Der weitere Ausbau der Aktivitäten ist erforderlich. Eine beispielhafte Einrichtung in der Region mit einer quantitativ und qualitativ hochwertigen Kinderbetreuung und -förderung ist der Kindergarten Minimax der von Laer Stiftung in Bielefeld – ein Modell in Kooperation von Firmen, Kommunen und freien Trägern, das durchaus auf weitere Kommunen übertragbar ist.

Dadurch, dass Eltern schon sehr früh Kenntnis über Betreuungsmöglichkeiten von Klein- und Schulkindern haben, erhalten sie Hilfestellung bei der Planung ihrer eigenen beruflichen Biografie.

5. Ausbaustrategie Familienzentren realisieren

Die Ausbaustrategie bei den Familienzentren ist weiter zu verfolgen. Für den zukünftigen Erfolg der Familienzentren und deren Wirkung in der Praxis (d. h. vor Ort in den jeweiligen Gemeinden) bietet die vorgesehene Evaluation der Familienzentren durch die Universität Münster eine gute Gelegenheit, aus den bisherigen Erfahrungen zu lernen.

6. Kleinere und mittlere Betriebe für den Ausbau einer familienorientierten Personalpolitik gewinnen

Ein stabiles Familienumfeld und tragfähige Betreuungsstrukturen tragen maßgeblich dazu bei, die Betriebe in ihren Wettbewerbschancen durch eine familienfreundliche Personalpolitik zu stärken. Das Wissen und die Talente von in Elternzeit befindlichen Beschäftigten bleiben erhalten und können schneller wieder genutzt werden, wodurch Kosten reduziert und flexible Personaleinsätze ermöglicht werden können.

Die konsequente Fortentwicklung der Aktivitäten und die Gewinnung weiterer Betriebe auf dem Weg zu einer familienfreundlichen Personalpolitik sind die wesentlichen Ziele. Durch das lokale Bündnis für Familien im Kreis Gütersloh und den Wettbewerb „familie gewinnt“ ist der Kreis Gütersloh auf dem richtigen Weg, der im Standortwettbewerb weiter verfolgt werden muss.

7. Gesunde Ernährung und Bewegung bei Kindern fördern

Gesunde Ernährung und Bewegung sind zentrale Elemente für gesundes Aufwachsen und eine positive Persönlichkeitsentwicklung von Kindern. In diesem Kontext kommt den Kindertagesstätten und Schulen eine besondere Bedeutung zu, denn hier besteht – insbesondere durch den engen Kontakt zwischen Kindern, ErzieherInnen, Lehren und Eltern - die Möglichkeit durch Gesundheits- und Bewegungsförderung die Grundlage für eine positive Gesundheits- und Bildungsbiographie zu legen. Dafür ist es notwendig, entsprechende Strukturen im Kreis Gütersloh, in den Kindergärten und Schulen aufzubauen, um eine größere Sensibilität für gesunde Ernährung und Bewegung im Kindesalter zu erreichen und Maßnahmen zu ergreifen.

4. Handlungsfeld Wirtschaft

Im Bereich Wirtschaft und Arbeitsmarkt spielen die demografischen Veränderungen und ihre Auswirkungen eine gravierende Rolle. Denn zwischen der demografischen und der wirtschaftlichen Entwicklung einer Region bestehen erkennbare Wechselwirkungen.

Tendenziell sind wirtschaftsstarke Regionen deutlich besser in der Lage, jüngere und qualifizierte Menschen an sich zu binden, als dies in Regionen mit weniger wirtschaftlichem Wachstum und mangelnder wirtschaftlicher Prosperität der Fall ist. Die Menschen folgen den Ausbildungs- und Arbeitsplätzen – auf diese knappe Formel lassen sich vielerorts z. B. die regionalen und überregionalen Wanderungsbewegungen und in der Folge auch Gründe für die kommunale Entwicklung bringen. Denn vor allem mit der Verschlechterung der ökonomischen Basis in der Kommune wurden und werden in der Folge häufig auch Bevölkerungsschrumpfungprozesse in Gang gesetzt. Wenn berufliche Perspektiven fehlen, dann verlassen besonders jüngere und qualifizierte Arbeitskräfte ihre Kommunen. Die Bindung qualifizierter Fachkräfte an eine Region wird deshalb in Zukunft ebenfalls immer stärker zu einem Erfolgsfaktor für die wirtschaftliche Entwicklung werden. Bei sich verstärkendem Fachkräftemangel kann das Fehlen qualifizierter Arbeitskräfte sonst zu einem bedeutenden Standortnachteil werden und Betriebe dadurch in ihrer Entwicklung oder sogar ihrer Existenz gefährden. Auch das Potenzial für Betriebsnachfolgen und Existenzgründungen ist stark abhängig von der Bindungskraft einer Region für junge Menschen.

Die Wirtschaft ist dabei zum einen selbst ein zentraler kommunaler Standortfaktor – andere kommunale Standortfaktoren, z. B. eine ausgeprägte Kinder- und Familienfreundlichkeit oder qualitativ hochwertige Bildungsangebote, sichern wiederum die Bestandsentwicklung der regionalen Unternehmen und fördern so Innovationsdynamik und Wettbewerbsfähigkeit der Region. Diese Wechselseitigkeit zu verinnerlichen ist ein wichtiger Ansatzpunkt für die Kommunen wie auch für die Unternehmen.

Bei genauerer Betrachtung der statistischen Daten zum Handlungsfeld Wirtschaft, ergibt sich für den Kreis Gütersloh ein Gesamtbild, das den Kreis als attraktiven Wirtschaftsstandort mit positiven Kennzahlen im Bereich der ökonomischen Entwicklung zeigt⁸. Damit hat der Kreis Gütersloh sehr gute Ausgangsbedingungen, um vorausschauend auf die demografisch bedingten Veränderungen zu reagieren.

Die Zahlen zeigen aber ebenso deutliche Entwicklungspotenziale, vor allem im Vergleich der Indikatoren zu NRW insgesamt oder zur Bundesebene, sowie klare Handlungsbedarfe auf, wenn es darum geht, den attraktiven Wirtschaftsstandort auch langfristig im Wettbewerb der Regionen zu positionieren.

⁸ Die in diesem Kapitel verwendeten statistischen Daten sind – wenn nicht anders bezeichnet - dem **Statistikbericht der pro Wirtschaft GT GmbH für den Kreis Gütersloh** (Februar 2007) entnommen. Soweit möglich wurden zudem die aktuellen Zahlen der Bundesagentur für Arbeit vom 30.06.2007 im Text mitaufgenommen.

Für den Demografiebericht wurde eine Auswahl demografierelevanter Indikatoren getroffen. Es könnten weitere herangezogen werden (z. B. Informationen zur Branchenstruktur, Gewerbean- und abmeldungen), die jedoch den Umfang des ersten Demografiebericht des Kreises Gütersloh sprengen würden.

4.1 Erwerbspersonenpotenzial

Im Handlungsfeld Wirtschaft ist neben der Bevölkerungszahl aber vor allem die Entwicklung der Altersstruktur von großer Bedeutung, da sie sich direkt auf die Unternehmen auswirkt.

Entscheidend für den Kreis Gütersloh ist das Erwerbspersonenpotenzial, d. h. die Anzahl der Menschen, die zukünftig dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Im Zuge der Alterung der Gesellschaft wird es zu deutlichen Verschiebungen innerhalb der Altersgruppe der erwerbsfähigen Bevölkerung kommen.

Entwicklung des Erwerbspersonenpotenzials von 2006 bis 2020 in %													
	Borgholzhausen	Gütersloh	Halle	Harsewinkel	Herzebrock Clarholz	Langenberg	Rheda- Wiedenbrück	Schoß Holte Stukenbrock	Steinhagen	Versmold	Rietberg	Verl	Werther
20 – 24- Jährige	12,0	-5,4	3,1	3,9	1,3	3,5	-0,9	6,7	16,5	7,5	4,3	2,7	6,8
25 – 44 Jährige	-1,9	-12,6	-18,5	12,6	-7,6	-19,9	-7,8	-18,0	-14,7	-12,6	-12,7	-5,4	-21,7
45 – 64. Jährige	22,3	16,6	20,5	25,8	32,5	26,6	30,5	20,7	22,5	29,1	30,3	31,3	16,2

Quelle: Flöthmann, Fuhrmann, Loos, Pilk, Eigene Berechnungen, Bielefeld 2007.

Für die Gruppe der möglichen Erwerbstätigen wurden drei Altersgruppen zugrunde gelegt: die 20- bis 24-Jährigen, die 25- bis 44-Jährigen sowie die 45- bis 64-Jährigen. Danach wird in allen Kommunen des Kreises Gütersloh bereits bis zum Jahr 2020 die Gruppe der 25- bis 44-Jährigen stark zurückgehen in einer Bandbreite von rund -2 % (Borgholzhausen) bis -22 % (Werther). In der Altersgruppe der 45- bis 64-Jährigen hingegen sind nach der Prognose in allen Kommune des Kreises in einer Bandbreite von +16 % (Werther) bis +32 % (Herzebrock-Clarholz) starke Zunahmen zu verzeichnen.

Für die Entwicklung des zukünftigen Erwerbspersonenpotenzials kommt der Wanderung der 19- bis 24-Jährigen eine besondere Bedeutung zu. Die Wanderung dieser

Altersgruppe wird als Bildungswanderung bezeichnet und zeigt an, wie attraktiv eine Region bei der Wahl des Ausbildungs- oder Bildungsstandortes ist. In ländlichen Regionen sind die Abwanderungstendenzen dieser Altersgruppe sehr hoch. Dagegen verzeichnen Universitätsstandorte eher Zugewinne. Bei statistischen Analysen werden die Wanderungsbewegungen dieser Altersgruppe oft vernachlässigt, sind jedoch als Zukunftsindikator sehr wichtig bei der Einschätzung der Attraktivität einer Region.

Bildungswanderung der 19- bis 24-Jährigen (Personen pro 1.000 Einwohner der Altersgruppe)													
	Borgholzhausen	Gütersloh	Halle	Harsewinkel	Herzebrock Clarholz	Langenberg	Rheda- Wiedenbrück	Schoß Holte Stukenbrock	Steinhagen	Versmold	Rietberg	Verl	Werther
2003	-18,3	6,2	2,5	-11,2	-9,9	-26,8	2,0	-2,4	-6,1	-1,2	-7,7	10,1	2,2
2004	-19,2	4,6	5,4	-11,3	-2,0	-26,4	-0,8	-5,6	-9,3	-4,2	-7,6	15,7	-14,4
2005	-38,1	3,3	-8,2	-13,5	-15,2	-43,4	1,7	-9,0	-13,8	-10,1	-9,7	12,6	-15,3

Quelle: Wegweiser Demografie der Bertelsmann Stiftung, basierend auf den Daten des LDS NRW.

Die Prognosedaten zeigen, dass insgesamt in den Kommunen des Kreises Bevölkerungsgewinne zu verzeichnen sein werden. Das sichert der Gruppe der potenziell Erwerbstätigen im Kreis für viele Jahre weiter leichtes Wachstum oder zumindest Stabilität. Mit einer noch längerfristigeren zeitlichen Perspektive sind jedoch auch hier - wie bundesweit - vermutlich zurückgehende Erwerbspersonenzahlen zu erwarten.

Für Arbeitsmarkt und Betriebe hat dies die folgende Bedeutung:

- Stabile, leicht zunehmende Entwicklung des Erwerbspersonenpotenzials,
- aufgrund der Verschiebungen in der Altersstruktur aber eine geringer werdende Zahl qualifizierter Nachwuchskräfte,
- der Anteil der Älteren im Berufsleben wird deutlich ansteigen.

Diese Veränderungen werden für die Betriebe und Unternehmen spürbare Veränderungen nach sich ziehen, denn in der Konsequenz werden weniger gut ausgebildete Kräfte mit aktuellem Wissensstand in den Arbeitsmarkt eintreten. Gleichzeitig müssen immer stärker ältere Erwerbstätige fit gemacht werden für die steigenden Erwartungen an Qualifizierung und Flexibilität.

Eine alternde Belegschaft muss dabei keineswegs weniger innovativ oder leistungsstark sein als eine jüngere. Voraussetzung dafür ist aber, dass das Erfahrungswissen Älterer produktiv genutzt wird und die Unternehmen frühzeitig für diese zentralen Entwicklungen sowie das Erfordernis z. B. einer altersgerechten Arbeits- und Personalpolitik sensibilisiert werden.

Auch die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss angesichts dieser Veränderungen im Fokus stehen. Hier sind vor allem auch die Kommunen gefordert, Rahmenbedingungen zu schaffen, damit das vorhandene Arbeitskräftepotenzial z. B. auch dadurch besser ausgeschöpft werden kann, dass die Erwerbstätigkeit von Frauen (besonders der Wiedereinstieg nach einer Familienphase) gefördert und durch gute flexible Betreuungsangebote (auch für pflegende Angehörige) unterstützt wird.

4.2 Arbeitsplatzentwicklung

Die Arbeitsplatzentwicklung wird abgeleitet aus der Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort. Dies sind alle Arbeiter und Angestellten einschließlich der zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigten (Auszubildende u.a.), die Beiträge zur gesetzlichen Kranken-, Renten- oder Pflegeversicherung leisten. Nicht dazu zählen Selbständige, mithelfende Familienangehörige, Beamte sowie kurzfristig Beschäftigte.

Der Kreis Gütersloh weist bei der Betrachtung der Arbeitsplatzentwicklung hervorragende Ergebnisse als Arbeitsstandort mit einer Anzahl von rund 132.961 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (Stand: 31.12.2006)⁹ aus, die in Ostwestfalen-Lippe von keiner anderen Region - einschließlich der Stadt Bielefeld - erreicht wird. Die deutlich anziehende konjunkturelle Entwicklung hat sich für den Kreis Gütersloh deutlich positiv ausgewirkt.

		Kreis GT	OWL	NRW	D
	1996	126.165	694.282	5.789.336	27.738.996
	1997	126.681	688.289	5.741.031	27.279.577
	1998	128.352	689.802	5.736.900	27.207.804
	1999	129.954	695.990	5.806.864	27.482.572
	2000	134.247	711.133	5.907.280	27.825.624
	2001	134.717	714.313	5.929.580	27.817.114
	2002	134.179	707.205	5.889.812	27.571.147
	2003	131.036	686.451	5.736.058	26.954.686
	2004	129.191	674.280	5.631.485	26.523.982
	2005	128.219	665.937	5.556.270	26.178.266
	2006	130.527	670.703	5.560.958	26.354.336
Veränderung 1996 zu 2006	absolut	4.362	- 23.579	-228.378	-1.384.660
	in %	3,45	-3,39	-3,94	- 4,99

Quelle: Statistikbericht der pro Wirtschaft GT GmbH für den Kreis Gütersloh, eigene Darstellung.

⁹ Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Stichtag 31.12.2006.

Bei der Differenzierung nach produzierendem Gewerbe einerseits und Dienstleistungen andererseits wird deutlich, dass im Jahr 2005 im Kreis Gütersloh 48,5 % der Beschäftigten im produzierenden Gewerbe tätig waren. Dieser Wert liegt sehr deutlich über den Werten für OWL (39 %), NRW (31 %) und Deutschland (26 %; Wert für 2004) und zeigt so eine Besonderheit der Region. Das produzierende Gewerbe ist die wichtigste Säule bei der positiven wirtschaftlichen Entwicklung in der Region. Besondere Entwicklungspotenziale liegen aber im Ausbau des Dienstleistungssektors. Das gilt vor allem auch bezogen auf die demografischen Veränderungen und die zunehmende Alterung der Gesellschaft. Denn während im Kreis Gütersloh 2004 rund 50 % der Beschäftigten im Dienstleistungsgewerbe tätig waren, liegt der vergleichbare Wert für NRW bei rund 66 %.

Der Anteil der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen an der Gesamtzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten gibt Auskunft darüber, in welchem Umfang Unternehmen ihre Arbeitsplätze mit Frauen besetzen. Über die Qualität der Arbeit von Frauen im Vergleich zu Männern wird hier keine Aussage getroffen.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte Frauen am Arbeitsort				
	Kreis GT	OWL	NRW	D
1999	37,95	41,47	41,41	43,88
2005	39,36	43,29	43,42	45,18 (?)
Veränderung 1999 zu 2005 in %-Punkten	1,41	1,82	2,01	1,3

Quelle: Statistikbericht der pro Wirtschaft GT GmbH für den Kreis Gütersloh, eigene Darstellung.

Der Anteil der Frauen im Kreis Gütersloh ist in den beiden betrachteten Jahren geringer als in der Region OWL, NRW und im Bundesdurchschnitt insgesamt.

Die Erhöhung des Anteils der Frauen von 1999 bis 2005 ist darauf zurückzuführen, dass die Beschäftigung von Frauen weniger reduziert wurde als die Summe der Beschäftigten insgesamt. Zusammenfassend ist festzustellen, dass der Anteil der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen im Kreis Gütersloh relativ gering ist und angesichts des sich im demografischen Wandel abzeichnenden Mangels an Fachkräften und einem zurückgehenden Erwerbspersonenpotenzial weiter ausgebaut werden muss.

4.3 Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote gibt ebenso Hinweise auf die Entwicklung des Arbeitsmarktes im Kreis Gütersloh. Nach einer Betrachtung der Arbeitslosenquote insgesamt werden die Arbeitslosenquoten für Frauen, Männer und Jugendliche bis 25 Jahre differenziert dargestellt.

Arbeitslosenquote insgesamt

Die Arbeitslosenquote insgesamt gibt Auskunft darüber, in welchem Umfang Personen in Relation zu allen abhängig zivilen Erwerbspersonen arbeitslos sind. Als arbeitslos gilt, wer im Sinne des SGB II oder des SGB III arbeitslos gemeldet ist.

Arbeitslosenquote in % zum 30.06.2006				
	Kreis GT	OWL	NRW	D
1999	8,0	9,8	11,2	11,2
2000	6,9	8,4	9,8	10,0
2001	7,4	8,5	9,3	10,0
2002	8,4	9,7	9,9	10,5
2003	8,6	10,5	10,7	11,2
2004	8,4	10,5	11,0	11,4
2005	10,6	12,1	12,9	11,5
2006	8,8	11,0	12,7	10,5
Veränderung 1999 zu 2006 in %-Punkten	0,8	1,2	1,5	-0,7

Quelle: Statistikbericht der pro Wirtschaft GT GmbH für den Kreis Gütersloh, eigene Darstellung.

Von Arbeitslosigkeit waren im aktuellen Berichtsmonat Juni 2007 insgesamt 10.854 Menschen betroffen, davon 5.212 im Rechtskreis SGB III und 5.642 im Rechtskreis SGB II. Die Arbeitslosenquote belief sich im Berichtsmonat auf 5,8%. Sie lag damit um 25 % niedriger als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum¹⁰.

Ihren Höchststand erreichte die Arbeitslosenquote im Kreis Gütersloh im Jahr 2005 mit 10,6 %.

¹⁰ Quelle: Report für Kreise und kreisfreie Städte, Gütersloh, Bundesagentur für Arbeit, Juli 2007

Auf Gemeinde- und Städteebene sind keine Arbeitslosenquoten verfügbar, sodass hier als Indikator der Arbeitslosenquotient hinzugezogen werden kann.

Arbeitslosenquote bei Frauen und Männern

Zum Stichtag Juni 2007 waren 44,2 % der Männer und 55,8 % der Frauen an allen Arbeitslosen arbeitslos.

Bei der Betrachtung der Arbeitslosenzahlen seit 2000 wird deutlich, dass seit dem Jahr 2000 die Zahl der weiblichen Arbeitslosen unter dem Wert der Männer in Arbeitslosigkeit lag. Im Vergleich der Jahre 2005 zu 2006 ist die Zahl der Frauen unter den Arbeitslosen um rund 4 % angestiegen.

Der Anteil der weiblichen Arbeitslosen war im Kreis Gütersloh im Verlauf aller betrachteten Jahre höher als in OWL, NRW und ganz Deutschland.

Anteil der arbeitslosen Frauen an allen Arbeitslosen in %				
	Kreis GT	OWL	NRW	D
2000	50,37	48,65	43,51	47,73
2001	48,60	46,93	43,28	47,00
2002	46,40	43,98	41,50	45,17
2003	46,88	43,00	40,23	44,41
2004	45,95	42,04	40,21	44,47
2005	49,83	44,94	44,13	46,63
2006	53,05	48,72	46,74	48,25
Veränderung 2000 zu 2006 in %-Punkten	2,68	0,07	3,23	0,52

Quelle: Statistikbericht der pro Wirtschaft GT GmbH für den Kreis Gütersloh, eigene Darstellung.

Jugendarbeitslosigkeit

Die Jugendarbeitslosigkeit ist ein wichtiger Indikator für die Entwicklungschancen der jüngeren Generation. Ist die Jugendarbeitslosigkeit hoch, so ist dies – ähnlich wie die Bildungswanderung der unter 24-Jährigen – ein Frühwarnsignal für die zukünftigen Perspektiven der Kommune.

Im Folgenden wird der Anteil der Jugendlichen unter 25 Jahren an allen Arbeitslosen ausgewiesen.

Jugendarbeitslosigkeit in %				
	Kreis GT	OWL	NRW	D
2000	12,00	11,47	9,99	10,66
2001	12,94	12,00	11,18	11,33
2002	13,49	13,16	10,18	11,56
2003	13,77	12,35	9,61	10,53
2004	13,25	11,42	9,84	11,49
2005	11,20	11,47	10,31	11,40
2006	12,87	12,85	9,43	10,36
Veränderung 2000 zu 2006 in %-Punkten	0,87	1,38	0,56	-0,3

Quelle: Statistikbericht der pro Wirtschaft GT GmbH für den Kreis Gütersloh, eigene Darstellung.

Im Juni 2007 waren 12,8 % der Arbeitslosen unter 25 Jahre alt. Die Jugendarbeitslosigkeit lag damit im Kreis Gütersloh im Durchschnitt des Wertes für OWL, aber deutlich über dem Durchschnitt für NRW (9,43 %) und Deutschland insgesamt (10,36 %).

Ein Grund dafür kann in dem vergleichsweise hohen Anteil an Kindern und Jugendlichen im Kreis Gütersloh liegen. In jedem Fall liegt hier ein wichtiges Handlungsfeld für die zukünftigen Aktivitäten des Kreises Gütersloh, seiner Kommunen und Unternehmen. Denn gerade im hohen Anteil an Jugendlichen liegt nicht nur eine besondere Herausforderung für den Arbeitsmarkt, sondern vor allem auch ein gewichtiges Potenzial für die kommenden Jahrzehnte – wie die demografische Entwicklung innerhalb der verschiedenen Altersklassen zeigt.

Perspektivisch ist hier in den nächsten Jahren noch mit einer weiteren Zunahme der Jugendarbeitslosigkeit zu rechnen, da die Zahl der Schulabgänger zunächst weiter

ansteigen wird. Es ist somit ein weiter steigender Bedarf an Ausbildungsplätzen zu erwarten.

4.4 Ausbildungssituation

Der Anteil der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Auszubildenden gibt einen Hinweis auf die Bereitschaft einer Region, in zukünftige Arbeitsplätze zu investieren.

Mit der Ausbildungsplatzdichte wird das Verhältnis zwischen Bedarf an Ausbildungsplätzen und der Kapazität auf dem Ausbildungsmarkt gemessen. Die Ausbildungsplatzdichte weist auf regionale Überangebote hin, wenn ihr Wert über 100 liegt (Lehrstellenüberschuss). Bei einem Wert unter 100 sind Defizite auf dem Ausbildungsmarkt erkennbar.

Die Ausbildungsplatzdichte wird aus dem Verhältnis neu abgeschlossener betrieblicher Ausbildungsplätze sowie besetzter Ausbildungsplätze zu neu abgeschlossenen betrieblichen Ausbildungsverträgen und noch nicht vermittelten Bewerbern berechnet.

Ausbildungsplatzdichte¹¹			
	Kreis GT	NRW	D
1996	100,7	100,4	99,4
1997	97,2	97,6	96,6
1998	97,3	99,3	98,1
1999	98,1	98,9	99,1
2000	98,9	99,9	100,3
2001	97,8	99,9	100,6
2002	95,1	99,9	99,1
2003	89,7	97,1	96,6
2004	91,5	95,1	95,0
Veränderung 1996 zu 2004 in %-Punkten	-9,2	-5,3	-4,4

Quelle: Statistikerbericht der pro Wirtschaft GT GmbH für den Kreis Gütersloh, eigene Darstellung.

¹¹ Zum Zeitpunkt der Berichtserstellung lagen nur Daten bis Ende 2004 vor.

Für den Kreis Gütersloh ist aus der Ausbildungsplatzsituation eine eindeutige Entwicklung zu abzuleiten: Auf 100 Nachfrager kamen im Kreis Gütersloh im Jahr 2004 durchschnittlich 91,5 angebotene betriebliche Ausbildungsplätze. Damit liegt im Kreis Gütersloh ein noch gravierenderer Lehrstellenmangel vor, als in NRW (95,1) bzw. Deutschland insgesamt (95,0).

Angesichts der Zukunftsfähigkeit der Region deutet die Ausbildungsdichte klar auf die Notwendigkeit, alle Möglichkeiten, Kräfte und Ideen zu mobilisieren, die Ausbildungsplatzdichte zu erhöhen. Zum einen ist eine wirtschaftlich erfolgreiche Region auf gut qualifizierte Nachwuchskräfte angewiesen. Zum anderen hat der Wettbewerb um Auszubildende auch überregional bereits begonnen.

Seit September 2005 besteht im Kreis Gütersloh ein umfassendes Übergangsmanagement mit dem Ziel, möglichst vielen der sich noch nicht in Ausbildung befindlichen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz zu vermitteln und auf dem Weg zu einer Ausbildungsstelle möglichst frühzeitig zu beraten (ab Klasse 9).

Die Zahlen sagen eindeutig, dass die Ausbildungsplatzsituation im Kreis Gütersloh sich nach wie vor schwierig darstellt. Die Ausbildungsplatzlücke, die sich unter anderem aus hohen Abgängerzahlen ergibt, wird noch bis mindestens 2013 fort bestehen. Auch wenn entlastende konjunkturelle Faktoren vor allem bei besser qualifizierten jungen Menschen die Situation tendenziell entspannen.

Die Gruppe, die beim Abgang aus Hauptschulen ausbildungsfähig und –willig ist und mit Unterstützung und Förderung direkt auf den Ausbildungsmarkt vermittelt werden kann, umfasst kreisweit etwa 40 % der Schüler aus Hauptschulen. Den tatsächlichen Übergang der Schüler in Ausbildung im Abgangsjahr 2006 schafften allerdings nur 33,9 Prozent. Von diesen 431 Schülern wurden 342 von den Übergangskoaches begleitet.

4.5 Berufspendler

Die Betrachtung der Pendlersalden ist eine wichtige Ergänzung. Anhand der Zahlen zeigt sich vor allem auch die große Bedeutung der Stadt Gütersloh als überregionaler Arbeitgeber. So wird der positive Pendlersaldo für den Kreis Gütersloh von 8.601 Personen vor allem aus den Pendlersalden der Stadt Gütersloh gespeist.

Pendlersaldo (Differenz aus Einpendlern und Auspendlern)		
	Kreis GT	OWL
2003	10.058	15.964
2004	9.254	13.042
2005	8.601	13.170

Quelle: Statistikbericht der pro Wirtschaft GT GmbH für den Kreis Gütersloh, eigene Darstellung.

Besonders positive Pendlersalden ergeben sich neben der Stadt Gütersloh auch für Halle, Verl und Versmold.

Der Pendlersaldo ist ein Indikator für die Wirtschaftskraft der Kommune. Ein negativer Pendlersaldo deutet darauf hin, dass das Arbeitsplatzangebot in den Kommunen nicht ausreicht, um Einwohner mit ausreichend Arbeitsplätzen vor Ort zu versorgen. Größere negative Pendlersalden ergeben sich für Borgholzhausen, Langenberg, Rheda-Wiedenbrück, Schloß Holte-Stukenbrock und Werther. Für diese Orte kann festgestellt werden, dass sie sich weniger als Wirtschaftsstandorte, sondern vor allem als Wohnstandorte etabliert haben.

4.6 Wirtschaftskraft

Bei der Wirtschaftskraft und der Produktivität werden trotz der insgesamt guten Entwicklung - gezeigt am Indikator des Bruttoinlandsproduktes (BIP) - weitere Potenziale deutlich. Das Bruttoinlandsprodukt ist ein wichtiger Indikator für die Wirtschaftskraft, da es die tatsächliche Wertschöpfung für die Region erfasst.

Bruttoinlandsprodukt				
	Kreis GT	OWL	NRW	D
1996	52.928	49.697	53.246	50.034
1997	53.131	50.326	54.156	51.133
1998	53.796	50.563	54.556	51.842
1999	53.634	50.783	54.109	52.363
2000	52.679	50.630	53.620	52.690
2001	53.875	50.819	54.214	53.748
2002	54.324	51.645	55.329	54.865
2003	53.855	52.008	56.045	55.870
2004	55.120	53.225	57.202	57.004

Quelle: Statistikbericht der pro Wirtschaft GT GmbH für den Kreis Gütersloh, eigene Darstellung.

Hier zeigt das BIP je Erwerbstätigem zunächst in der Entwicklung von 1996 bis 2004 einen Anstieg um ca. 4 % und so eine insgesamt positive Dynamik; der Wert für Deutschland mit einem Anstieg von 14 % in diesem Zeitraum wird hingegen nicht erreicht. Auch das BIP je Erwerbstätigem liegt im Kreis Gütersloh im Jahr 2004 mit 55.120 € deutlich unter dem Durchschnittswert für NRW (57.202 €) bzw. unter dem Bundesdurchschnitt (57.004 €).

Das Einkommen der privaten Haushalte ist im Kreis Gütersloh im Zeitraum von 1996 bis 2004 deutlich angestiegen und liegt mit 20.985 € je Einwohner weit über dem NRW-Durchschnitt (18.393 €) sowie dem Bundesdurchschnitt (17.544 €). Bei ergänzender

Betrachtung der Kaufkraft, die zusammen mit dem Einkommen der privaten Haushalte ein wichtiger Indikator für das Konsumpotenzial in einer Region ist, zeigt die Kaufkraftkennziffer für den Kreis Gütersloh, dass die einzelhandelsrelevante Kaufkraft je Einwohner über dem Durchschnitt der Kaufkraft in der Bundesrepublik insgesamt liegt. Dieses positive Konsumpotenzial ist in den Kommunen des Kreises aber nicht überall gleich stark ausgeprägt. Am weitesten über dem Bundesdurchschnitt liegen Gütersloh und Steinhagen; Langenberg und Borgholzhausen hingegen liegen weit unter dem Bundesschnitt. Es zeigt sich hieran, dass die insgesamt zwar positiven Entwicklungstrends innerhalb des Kreises für die einzelnen kreisangehörigen Städte und Gemeinden durchaus zu differenzieren sind und so das Kaufkraftpotenzial in den kreisangehörigen Kommunen unterschiedlich stark ausgeprägt ist.

Einzelhandelsrelevante Kaufkraft													
	Borgholzhausen	Gütersloh	Halle	Harsewinkel	Herzebrock Clarholz	Langenberg	Rheda- Wiedenbrück	Schoß Holte Stukenbrock	Steinhagen	Versmold	Rietberg	Verl	Werther
2003		106,1	102,4	99,8	100,1		102,1	101,2	105,1	102,0	100,1	101,7	102,0
2004	96,7	106,1	102,5	99,9	101,0	95,4	102,1	101,3	105,1	102,0	100,2	101,1	102,0
2005	97,0	106,4	102,8	100,1	101,3	95,7	102,4	101,6	105,4	102,3	100,5	101,4	102,3
2006	97,0	106,4	102,8	100,2	101,3	95,7	102,4	101,6	105,4	102,3	100,5	101,4	102,3

Quelle: Statistikbericht der pro Wirtschaft GT GmbH für den Kreis Gütersloh, eigene Darstellung.

Im Vergleich zur Region OWL und NRW hat sich die einzelhandelsrelevante Kaufkraft gut entwickelt.

Einzelhandelsrelevante Kaufkraft			
	Kreis GT	OWL	D
2004	102,68	100,31	100,0
2005	102,94	100,36	100,0
2006	102,96	99,9	100,0

Quelle: Statistikbericht der pro Wirtschaft GT GmbH für den Kreis Gütersloh, eigene Darstellung.

4.7 Herausforderungen

Insgesamt betrachtet lässt sich feststellen, dass bei Betrachtung der wirtschaftlichen Situation im Kreis Gütersloh eine gute Basis mit einer positiven Entwicklungsdynamik gegeben ist, die in der Analyse angesprochenen Bereiche aber ausweislich der Indikatoren noch vielfältige Entwicklungspotenziale aufweisen.

Unter Berücksichtigung der demografischen Veränderungen, die in diesem Bericht besonders fokussiert werden, werden sich verschiedene Trendverstärkungen ergeben. Vor allem im Bereich der Arbeitskräfteversorgung ist zwar das zahlenmäßige Arbeitskräfteangebot häufig ausreichend, jedoch entsprechen die verfügbaren Arbeitskräfte oftmals nicht den Erwartungen und Wünschen der nachfragenden Unternehmen. Mit Blick auf die Notwendigkeit der dauerhaften und fortlaufenden Qualifizierung gilt dies auch für Personen im aktiven Arbeitsleben. Diese Entwicklung wird im Zuge des zwar stabilen Erwerbspersonenpotenzials, aber vor allem der Alterung der Gesellschaft (damit auch der Belegschaften) weiter an Gewicht gewinnen, d.h., dass ein absehbarer und sich verstärkender Fachkräftemangel zu einer Gefahr für die Leistungs- und Innovationsfähigkeit der Unternehmen in der Region werden kann.

Auch das Bildungsniveau ist in diesem Kontext sehr genau in den Blick zu nehmen und soweit möglich auch kommunal stärker zu fokussieren und durch konkrete Maßnahmen zu verbessern. In der hohen Jugendarbeitslosigkeit liegt dabei ein besonders wichtiger Ansatzpunkt für die kommunalen Aktivitäten.

Der Kreis Gütersloh steht im Handlungsfeld Wirtschaft folgenden Herausforderungen gegenüber:

1. Positive Ausgangslage nutzen

Bevölkerungswachstum, hohe Beschäftigungsdichte und im überregionalen Vergleich geringe Arbeitslosenquoten sowie ein hohes Innovationspotenzial machen den Kreis Gütersloh zu einem attraktivem Wirtschaftsstandort, der durch viele leistungsfähige Unternehmen geprägt wird. Hier gilt es, die positive Ausgangslage als Basis für den weiteren Ausbau und die Sicherung der wirtschaftlichen Potenziale pro-aktiv zu nutzen und sich langfristig als attraktiver Wirtschaftsstandort zu profilieren. Neben dem Schwerpunkt im verarbeitenden Gewerbe ist vor allem der Dienstleistungssektor im Kreis Gütersloh ausbaufähig.

2. Dialog fortführen

Ein Erfolgsfaktor für die Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandortes durch Stärkung und Profilierung der regionalen Wirtschaftskraft liegt in einer klaren strategischen Orientierung der Wirtschaftsförderung. Dazu sind lokale und regionale Vertreter aus Wirtschaft und Gesellschaft in die Überlegungen einzubinden.

3. Attraktive Arbeitsplätze für qualifizierte Arbeitnehmer vorhalten

Angesichts eines perspektivisch in den nächsten Jahren zwar stabil bleibenden Erwerbspersonenpotenzials, aber einer starken Altersstrukturverschiebung innerhalb dieser Gruppe zugunsten der älteren Menschen, ist es für den Kreis Gütersloh und

seine Betriebe wichtig, die zu erwartenden Entwicklungen frühzeitig abzufedern und zunächst besonders für junge Menschen in Ausbildung, junge Talente und Zugezogene dauerhaft attraktiv zu sein. Der Gruppe der jungen Nachwuchskräfte gebührt deshalb ein besonderes Augenmerk, um sie in den Kommunen des Kreises zu halten und an die dort ansässigen Betriebe zu binden. Die regionale Leistungsfähigkeit bei der beschäftigungsadäquaten Qualifizierung junger Menschen ist deshalb zu stärken. Ansatzpunkte dabei sind:

- Hochqualifizierte in den Kreis holen (14 Hochschulen in der Region!) und Anteil der Arbeitsplätze für Hochqualifizierte erhöhen,
- Ausbildungskooperationen mit der lokalen Wirtschaft in einem Netzwerk organisieren,
- Abstimmung zwischen schulischer Ausbildung und der lokalen Wirtschaft etablieren.

4. Ältere Arbeitnehmer fördern

Die demografischen Veränderungen werden sich angesichts einer deutlich älter werdenden Gesellschaft wie beschrieben sehr deutlich in der Personalstruktur der Betriebe und auf dem regionalen Arbeitsmarkt niederschlagen. So wird die Zahl der älteren Arbeitnehmer stark zunehmen, während immer weniger junge qualifizierte Nachwuchskräfte nachrücken. Die Betriebe müssen frühzeitig für diese Entwicklungen sensibilisiert werden und ihre Personalpolitik auf diese Entwicklungen ausrichten (Lebenslanges Lernen, Wissensvermittlung, Erfahrungsweitergabe, Zunahme von Krankheiten etc.). Für den Bereich der älteren Arbeitnehmer muss zukünftig im Fokus stehen, diese durch gezielte Qualifizierung und Weiterbildung fit zu halten und im Arbeitsmarkt zu integrieren („2. Karriere“).

5. Frauenerwerbsquote steigern

Für den Kreis Gütersloh ist es wichtig, aufgrund der beschriebenen Ausgangslage die Frauenerwerbsquote zu erhöhen und vor allem den Wiedereinstieg der jungen Frauen in den Beruf nach einer Familienphase zu ermöglichen. Hier sind die Aktivitäten des Lokalen Bündnis weiter zu fokussieren. Insgesamt ist die Schaffung familienfreundlicher Rahmenbedingungen durch Unternehmen ein wichtiger Standortfaktor, den es auszubauen gilt.

6. Qualifizierungsmaßnahmen vorantreiben

Angesichts der sich abzeichnenden Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt liegt eine zentrale Herausforderung darin, das Bildungsniveau der jungen Menschen und der Erwerbstätigen weiter zu verbessern, um so den steigenden Bedarf an Fachkräften in den Unternehmen langfristig decken zu können. Hier bedarf es einer kreisspezifischen Strategie für mehr Bildung, Ausbildung und Weiterbildung.

7. Übergang Schule Beruf weiter entwickeln

In diesem Zusammenhang ist das kreisweite systematische Übergangsmangement weiter zu entwickeln („Erfolgreich in Ausbildung“), um es als eine wesentliche Säule im Bildungsmanagement des Kreises zu verankern. Wichtig ist hier das frühzeitige Ansetzen in der Schule und die Verzahnung mit den Akteuren aus der Wirtschaft.

8. Kreisweites Innovationsmanagement realisieren

Eine perspektivisch älter werdende Gesellschaft bietet Chancen für die Unternehmen im Bereich der Seniorenwirtschaft, bezogen auf Produkte und Dienstleistungen. Aus einer Impulsfunktion des Kreises und seiner Einrichtungen heraus sind die Unternehmen für dieses wichtige Entwicklungspotenzial zu sensibilisieren. Die Sensibilisierung muss Bestandteil eines kreisweiten Innovationsmanagements sein, bei dem gezielte Innovationsberatung zu ausgewählten Schwerpunktthemen im Fokus steht.

9. Kooperationsstrukturen ausbauen

Die Profilierung als leistungsstarker Wirtschaftsraum verlangt eine intensive Abstimmung zwischen den kreisangehörigen Städten und Gemeinden sowie den Ausbau von Kooperationsbeziehungen über die gesetzlich vorgeschriebenen Funktionen hinaus. Um die positive Wirtschaftsentwicklung weiter zu forcieren ist es deshalb wichtig, stärker interkommunal zu agieren und die regionale Ausrichtung einer unterstützenden Wirtschaftspolitik zu forcieren. Dazu bedarf es einer neuen Kooperationskultur. Im Kreis Gütersloh wurde mit der pro Wirtschaft GT GmbH die Voraussetzung geschaffen, die hier formulierten Herausforderungen umzusetzen.

Für den Kreis ist es wichtig, alle Kräfte dieses Handlungsfeldes in kommunizierenden Netzwerken mit den wichtigen Akteuren dieses Handlungsfeldes zu bündeln:

- für berufliche Orientierung, Qualifizierung und Bildung
- für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- für Innovationsmanagement in definierten Wirtschaftsklustern (Maschinenbau, Ernährungswirtschaft, Möbelindustrie, etc.).

5. Handlungsfeld Bildung

Bildung und Qualifikation ist für die nachwachsenden Generationen, aber auch in einer immer älter werdenden Gesellschaft mit einem sich verringernenden Erwerbspersonenpotenzial von besonderer Bedeutung. Sie muss sämtliche Bevölkerungsgruppen in jedem Alter umfassen und erfordert regionenspezifische Strukturen und Steuerung. Flexibilität ebenso wie Qualität spielen eine große Rolle. All diese Aspekte werden durch unterschiedliche Akteure organisiert und reglementiert. Unabhängig von der Ausgangssituation in einer Kommune nimmt das Feld Bildung einen hohen Stellenwert ein und erfordert ständige Weiterentwicklung.

Das Handlungsfeld Bildung wird sich trotz der positiven Ausgangsposition zu einer größeren Herausforderung im Kreis Gütersloh entwickeln. Hierbei steht besonders die Bildung junger Menschen im Vordergrund. Die zukünftig zu erwartenden Entwicklungen zeigen, dass eine Förderung dieser Bevölkerungsgruppe an Bedeutung gewinnen wird.

Die kreisangehörigen Städte und Gemeinden im Kreis Gütersloh, die eine hohe Funktion als Wohnorte für Familien mit ihren Kindern darstellen, stehen vor der Herausforderung, der nachwachsenden Bevölkerung gute Bildungsangebote zu bieten, um auch künftig attraktiv für Familien zu bleiben und so weiterhin im kommunalen Wettbewerb zu bestehen.

Dies umfasst sowohl Bildungsangebote für kleine Kinder in Form von Kinderkrippen und Kindergärten und sonstigen alternativen Bildungsangeboten, wie auch Hortangebote, Grundschulen, weiterführende (Ganztags-)Schulen und weitere Bildungseinrichtungen für Jugendliche und Erwachsene. Deshalb kommt es darauf an, ein umfassendes, kreisweit abgestimmtes Bildungsnetz aufzubauen und stetig weiter zu entwickeln.

Das Handlungsfeld Bildung ist so vielfältig und vielschichtig, dass eine Priorisierung und Anpassung der Projekte und Ideen unbedingt erforderlich ist. Deshalb müssen die spezifischen und individuellen Entwicklungen im Kreis Gütersloh genau untersucht werden.

Die Ausführungen zum Handlungsfeld Bildung im Demografiebericht sind nicht umfassend, da der Kreis Gütersloh das Handlungsfeld Bildung in einer eigenen Bildungsinitiative viel detaillierter betrachten und bearbeiten wird.

5.1 Bevölkerungsentwicklung der 0- bis 19-Jährigen bis zum Jahr 2020

Hinsichtlich der Herausforderungen im Bereich Bildung ist es zunächst wichtig einen gesonderten Blick auf die Anteile der Bevölkerungsgruppe, die besonders stark auf Bildungsangebote angewiesen sind, zu richten.

Entwicklung der 0- bis 19-Jährigen im Kreis Gütersloh von 2006 bis 2020 in %													
	Borgholzhausen	Gütersloh	Halle	Harsewinkel	Herzebrock Clarholz	Langenberg	Rheda- Wiedenbrück	Schoß Holte- Stukenbrock	Steinhagen	Versmold	Rietberg	Verl	Werther
0 – 3	-3,3	-7,5	-12,6	-6,3	-10,8	-14,3	-5,7	-7,9	-6,5	-4,0	-6,6	-7,2	-14,1
4 – 6	-13,0	-12,8	-18,5	0,6	-8,4	-23,8	-7,1	-18,2	-16,7	-7,7	-16,4	-12,3	-26,1
7 – 10	-11,5	-16,7	-19,2	-12,8	-20,3	-29,1	-13,7	-26,0	-20,8	-15,5	-21,2	-16,1	-19,0
11 – 16	-9,4	-17,1	-8,1	-12,3	-14,0	-16,9	-10,5	-21,6	-15,9	-13,4	-20,7	-10,5	-21,7
17- 19	-6,9	-15,1	-4,1	-10,6	-7,7	-14,1	-4,3	-13,6	-2,3	-2,3	-6,8	-2,8	-14,4

Quelle: Flöthmann, Fuhrmann, Loos, Pilk, Eigene Berechnungen, Bielefeld 2007.

Obwohl sich der Kreis Gütersloh in einer vergleichsweise starken demografischen Ausgangsposition befindet, nimmt der Anteil der 0- bis 6-Jährigen ebenso wie der Anteil der 7- bis 19-Jährigen bis zum Jahr 2020 weiter ab.

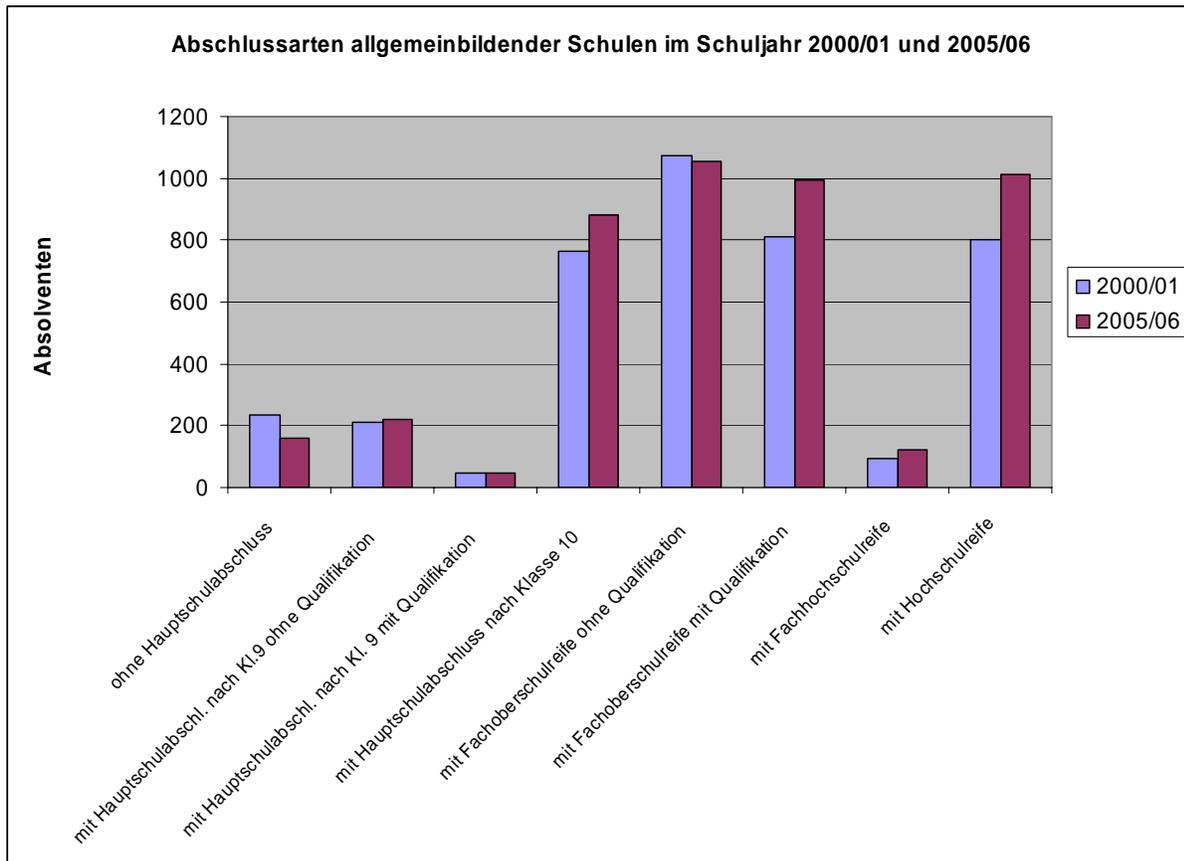
Wenngleich der Anteil der Haushalte mit Kindern im Kreis Gütersloh mit 35,4 % (2004) über dem Landesschnitt NRW mit 32 % (2004) liegt, werden sich die sinkenden Geburtenraten auch hier auswirken¹².

Zentrale Fragen für den Kreis Gütersloh sind: Wie wird sich die Bevölkerungsentwicklung auf die Bildungseinrichtungen auswirken? Wie kann die Bildungsqualität und die Chancen der Kinder und Jugendlichen gesteigert werden und somit die Attraktivität des Kreises erhalten bleiben?

¹² Quelle: Wegweiser Demografie der Bertelsmann Stiftung auf Basis der Daten der GfK.

5.2 Schulabschlüsse

Ein Blick auf das Qualifikationsniveau anhand von Schulabschlüssen und Abbrecherquoten zeigt die Entwicklungen im Kreis Gütersloh auf. 2005 haben 4 % der Schüler im Kreis die Schule ohne einen Abschluss verlassen. Dieser Wert ist im Vergleich zum Bundesland Nordrhein-Westfalen (6,9 %) eher gering. Ein anderes Bild zeigt sich jedoch bei den Schulabgängern mit Hochschulreife. Hier liegt der Kreis Gütersloh mit 20,6 % deutlich unter dem Wert von NRW mit 35,9 %. Mit dem Kreis Paderborn hat der Kreis Gütersloh in Ostwestfalen-Lippe die niedrigsten Hochschulreifequoten. Diese niedrige Quote kann darauf zurückgeführt werden, dass der Anteil der Schüler, die zum Gymnasium gehen relativ gering ist.



Quelle: Landesamt für Statistik NRW, eigene Darstellung.

Trotz der oben beschriebenen niedrigen Anteile an Schülern, die mit der Hochschulreife die Schule abschließen zeigt sich, dass sich der Trend leicht verbessert hat. Obwohl die Zahl der Absolventen aller Schulabschlüsse im Kreis Gütersloh vom Schuljahr 2000/01 bis zum Schuljahr 2005/06 gestiegen ist, ist die Anzahl der Schüler, die ohne Abschluss die Schule verlassen haben, von 233 auf 159 Schüler gesunken. Erfreulicherweise stieg auch die Anzahl der Abiturienten im gleichen Zeitraum an. Im Schuljahr 2000/01 schlossen nur 803 Schüler die Schule mit der allgemeinen Hochschulreife ab, im Schuljahr 2005/06 waren es bereits 1.013 (siehe die obige Grafik). Diese positive Entwicklung heißt es weiter zu verstärken und zu fördern.

Abschließend lässt sich sagen, dass verstärkt benachteiligte Jugendliche gefördert werden müssen. Benachteiligungen können am besten im Kindergartenalter ausgeglichen werden. Da in den Kindergärten des Kreises Gütersloh nahezu alle 3- bis 6-Jährigen erreicht werden, sind die Voraussetzungen gegeben Entwicklungsnachteile früh zu erkennen.

Die Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss gilt es weiter zu senken, sowie die Zahl der Schulabgänger mit einem höherwertigen Abschluss zu steigern. Gerade benachteiligte Kinder und Jugendliche aus sozial schwachen Familien benötigen gezielte Förderung, um ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu steigern und die hohe negative Bildungswanderung im Kreis Gütersloh und seiner Städte und Gemeinden zu senken. Die zu erwartenden sinkenden Schülerzahlen lassen Kapazitäten frei werden, die nun in die spezielle Förderung benachteiligter Kinder und Jugendliche fließen können.

5.3 *Ausblick*

Dem Kreis Gütersloh stellen sich nun vielfältige Aufgaben und Herausforderungen um im Bereich Bildung weiterhin Kinder und Jugendliche zu fördern, die Qualität aufrechtzuerhalten und weiter zu steigern. Hier bedarf es einerseits einer Anpassung an die sich verändernden Strukturen (die Abnahme der Bevölkerung) und andererseits einer Neuausrichtung und Neuentwicklung der vorhandenen Bildungsplanung.

Für Familien als Wohnort und Lebensraum attraktiv zu bleiben, bedeutet für die Kinder und Jugendlichen Perspektiven zu schaffen, indem das Bildungsangebot ihren Bedürfnissen angepasst wird. Da der Kreis Gütersloh eine hohe Abwanderung junger Menschen (18- bis 24-Jährige) zu verzeichnen hat (Bildungswanderung), müssen insbesondere für diese Bevölkerungsgruppen Perspektiven geschaffen werden, um sie am Ort zu halten. Hier sind die Voraussetzungen gut, da sich die Arbeitsplatzentwicklung und Arbeitslosenquote im Vergleich zu Nordrhein-Westfalen positiver entwickeln.

Zusätzliche Chancen bieten hier der Bevölkerungsrückgang und der damit verbundene Rückgang an Erwerbspersonen. Die ansässigen Unternehmen im Kreis Gütersloh müssen sich schon jetzt mit dem anstehenden Fachkräftemangel auseinandersetzen. Die jungen Menschen können so wieder Perspektiven entwickeln und eine Ausbildungsstelle und später eine Arbeitsstelle finden. Hier muss der Kreis als Antriebsfeder und Vermittler wirken.

Der Kreis benötigt ein genaues Profil für das Handlungsfeld Bildung mit konkreten Zielsetzungen. Diese wird der Kreis Gütersloh im Rahmen der Bildungsinitiative und des Bildungsmanagements entwickeln, so dass an dieser Stelle auf eine ausführlichere Darstellung der Herausforderungen verzichtet wird.

6. Handlungsfeld Seniorenpolitik

Die Gestaltung einer zukunftsorientierten Seniorenpolitik ist eines der wichtigsten Handlungsfelder bei der Gestaltung des demografischen Wandels.

In ganz Deutschland sind etwa 15 Millionen der 82 Millionen Einwohner heute schon älter als 65 Jahre, bis zum Jahr 2020 wird ihr Anteil laut Statistischem Bundesamt auf 17 Millionen ansteigen. 2030 werden es schon 21 Millionen sein¹³. Ebenso wie alle anderen Landkreise in Deutschland wird der Kreis Gütersloh die Folgen der Alterung bereits in den nächsten Jahren deutlich zu spüren bekommen. Dem bereits beschriebenen deutlichen Rückgang der jungen Jahrgänge steht ein deutlicher Anstieg der Hochbetagten (über 80-Jährigen) von über 50 % bis zum Jahr 2020 gegenüber – der sich bis zum Jahr 2035 um über 60 % erhöhen wird.

Die demografische Entwicklung stellt den Kreis Gütersloh, die Städte und Gemeinden, die Wohlfahrtsverbände, die gesellschaftlichen Akteure und jeden einzelnen Bürger im Handlungsfeld Seniorenpolitik vor die Herausforderung, auf die Veränderungen, die die Verschiebung der Altersstruktur mit sich bringen wird, zu reagieren (z. B. bei einer Zunahme der Pflegebedürftigkeit). Andererseits bietet die Gestaltung der Seniorenpolitik die große Chance, Seniorenpolitik als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu verstehen, die nahezu alle Lebensbereiche betrifft und sich an den Potenzialen des Alters orientiert.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass die älteren Menschen ab 65 Jahren keine homogene Gruppe darstellen, sondern ihre Bedürfnisse ähnlich vielschichtig gelagert sind wie die Bedarfe von jungen Menschen im Alter von 0 bis 30 Jahren.

Darüber hinaus sind kommunale Seniorenpolitik und Alterung im Kontext des gesellschaftlichen Zusammenlebens aller Generationen zu sehen – das als Ganzes von seniorenpolitischem Handeln betroffen ist.¹⁴ Das Älterwerden der Gesellschaft ist zwar das augenfälligste Phänomen des demografischen Wandels, es geht jedoch nicht um die Zukunft des Alters allein, sondern um das **Zusammenleben der Generationen** in den Kommunen, so Prof. Naegele, Leiter des Institutes für Gerontologie in Dortmund und Mitautor des 5. Altenberichtes der Bundesregierung.

Der Kreis Gütersloh trägt diesem Verständnis bereits heute in Ansätzen Rechnung, in dem er z. B. bei einigen Familienzentren das Miteinander der Generationen und die Einbindung von Senioren berücksichtigt.

¹³ Quelle: Statistisches Bundesamt, 11. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden 2006.

¹⁴ Vgl. Prof. Dr. Gerhard Naegele, Armin Koeppel, Institut für Gerontologie an der Universität Dortmund, in: Weiterentwicklung des EIS-Instrumentariums für die kommunale Seniorenpolitik, Mai 2007.

Bei der Analyse der Daten im Handlungsfeld Seniorenpolitik wird im Folgenden auf ausgewählte demografische Daten, die Angebotsstruktur und die Entwicklung der Pflegestatistik eingegangen. Bei der Pflegestatistik wurde mit den Daten des Pflegeplanes (Entwurf Stand: 01.08.2006)¹⁵ des Kreises Gütersloh gearbeitet, der eine hervorragende Hintergrundinformation für weiterführende Informationen zum Thema darstellt.

Es wäre wünschenswert, zukünftig die Aktivitäten z. B. im Bereich Ehrenamtliches Engagements und Gesundheit zu berücksichtigen.

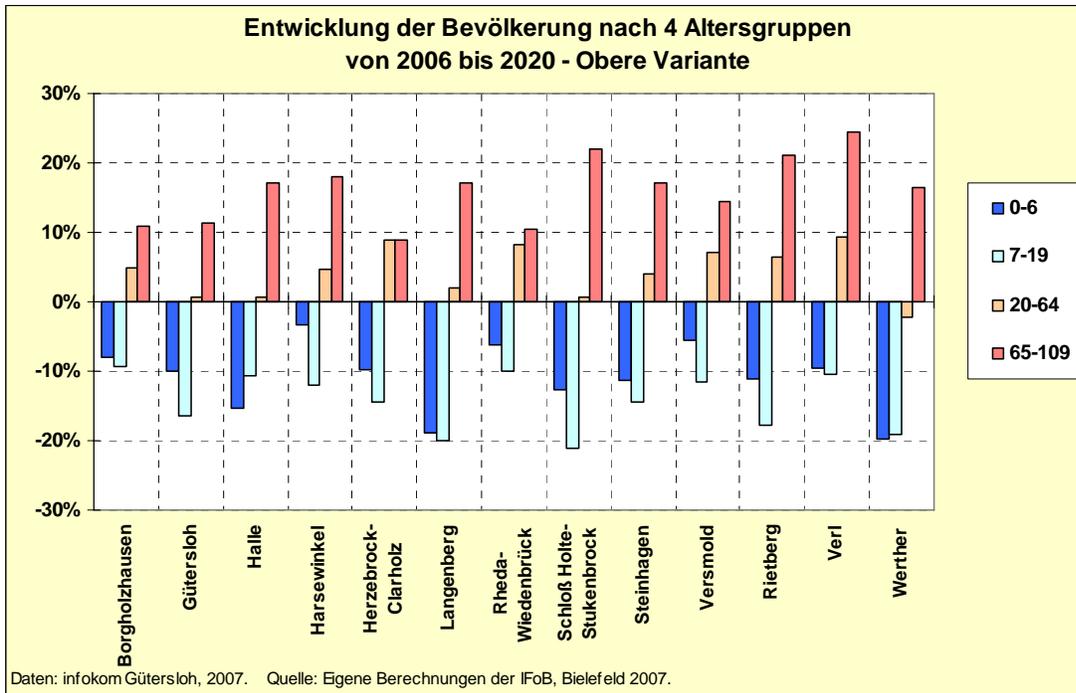
Darüber hinaus liegt seit Juli 2007 ein Handbuch für die Berichterstattung im gesamten Handlungsfeld Seniorenpolitik vom Institut für Gerontologie der Universität Dortmund vor, welches für die Weiterentwicklung der Berichterstattung Seniorenpolitik herangezogen werden kann.¹⁶

¹⁵ Eine Überarbeitung des Pflegeplanes ist für Ende 2007 geplant.

¹⁶ Prof. Dr. Gerhard Naegele, Armin Koeppel, Institut für Gerontologie an der Universität Dortmund, in: Weiterentwicklung des EIS-Instrumentariums für die kommunale Seniorenpolitik, Mai 2007.

6.1 Bevölkerungsentwicklung der über 65-Jährigen bis zum Jahr 2020

In dem Maße, in dem die Anzahl der jungen Jahrgänge vom Jahr 2006 bis zum Jahr 2020 (und auch darüber hinaus) zurückgehen wird, wird es eine Zunahme des Anteils der älteren Menschen geben. Damit kommt auf den Kreis Gütersloh eine markante Verschiebung in der Altersstruktur zu. Dies zeigt deutlich der Blick auf die folgende Grafik¹⁷.



Quelle: Flöthmann, Fuhrmann, Loos, Pilk, Eigene Berchnungen, Bielefeld 2007.

Die Prognose der Universität Bielefeld zeigt, dass es eine Zunahme der Personenzahlen in der Altersgruppe der Hochaltrigen geben wird. Es steht ein deutlicher Anstieg der über 80-Jährigen von über 50 % bis zum Jahr 2020 bevor – der sich bis zum Jahr 2035 um über 60 % erhöhen wird. Die Altersgruppe der 65- bis 79-Jährigen hingegen wird bis zum Jahr 2020 nur moderat ansteigen (Gütersloh, Halle, Langenberg, Schloß Holte-Stukenbrock, Steinhagen, Versmold, Rietberg, Verl, Werther) und in einigen Gemeinden des Kreises sogar abnehmen (Borgholzhausen, Harsewinkel, Herzebrock-Clarholz, Rheda-Wiedenbrück).

Diese Entwicklung kann der folgenden Tabelle entnommen werden:

¹⁷ Quelle für die aufgeführten demografischen Daten: Bevölkerungsprognose für den Kreis GT, 2007, Uni Bielefeld, Flöthmann/Loos

Entwicklung der 65- bis 109-Jährigen im Kreis Gütersloh bis 2020 in %													
	Borgholzhausen	Gütersloh	Halle	Harsewinkel	Herzebrock-Clarholz	Langenberg	Rheda-Wiedenbrück	Schoß Holte-Stukenbrock	Steinhagen	Versmold	Rietberg	Verl	Werther
65-79 Jährige	-1,4	0,5	2,8	-0,2	-4,6	4,5	-5,0	3,9	6,3	1,3	6,4	5,0	7,9
80 -109 Jährige	49,2	45,6	61,4	94,1	54,6	58,6	64,8	92,8	53,4	61,3	71,9	104,9	42,3

Quelle: IFoB, Universität Bielefeld, Bevölkerungsvorausberechnung für den Kreis Gütersloh, Juli 2007.

Aktuell liegt der Anteil der über 80-Jährigen an der Bevölkerung der Gemeinden zwischen 3 % und 5 %. Bis zum Jahr 2035 wird er sich um insgesamt 3 Prozentpunkte erhöhen.

Neben der Entwicklung der Altersklassen bis zum Jahr 2020 verdeutlicht das Medianalter den deutlichen Altersanstieg der Bevölkerung. Das Medianalter teilt eine Bevölkerung in genau zwei gleich große Teile. So besagt z.B. das Medianalter im Jahr 2006 von 40,6 Jahren in Borgholzhausen, dass 50 % der Bevölkerung von Borgholzhausen älter als 40,6 Jahre waren, während die anderen 50 % jünger als 40,6 Jahre waren. Bis zum Jahr 2020 wird das Medianalter auf 43,6 Jahre ansteigen.

Wie dem Demographiebericht Teil I entnommen werden konnte, ist das Medianalter in den Jahren 2001 bis 2006 um durchschnittlich ½ Jahr pro Kalenderjahr angestiegen.

Medianalter 2006 bis 2020													
	Borgholzhausen	Gütersloh	Halle	Harsewinkel	Herzebrock-Clarholz	Langenberg	Rheda-Wiedenbrück	Schoß Holte-Stukenbrock	Steinhagen	Versmold	Rietberg	Verl	Werther
Medianalter 2006	40,6	41,4	41,9	38,4	39,2	40,3	40,5	40,2	41,5	40,7	38,7	38,8	41,9
Medianalter 2020	43,6	45,4	47,0	41,8	42,7	45,7	43,8	45,2	45,9	45,0	43,7	42,4	47,3

Quelle: IFoB, Universität Bielefeld, Bevölkerungsvorausberechnung für den Kreis Gütersloh, Juli 2007.

Auffällig ist, dass das Medianalter von Halle/Westf. und Werther von rund 42 Jahren im Jahr 2006 auf rund 47 Jahre ansteigen wird. Demgegenüber stehen die recht moderaten Entwicklungen in Harsewinkel und Verl.

In der Gesamtbetrachtung fällt auf, dass jede der Städte und Gemeinden des Kreises Gütersloh ihre eigene individuelle demografische Entwicklung hat. Dies gilt sowohl für die demografische Entwicklung in allen Altersgruppen, insbesondere aber auch für die Gruppe der Hochaltrigen.

Neben der dargelegten Bevölkerungsentwicklung als fixe Orientierungsgröße zur Bestimmung des Risikopflegepotenzials wirken sich insbesondere die Entwicklungen im Gesundheitsbereich (Prävention) sowie in der medizinischen Forschung maßgeblich auf die konkrete Gestaltung der zukünftigen Pflegebedarfe aus.

Strukturwandel des Alters¹⁸

Bei der Gestaltung kommunaler Seniorenpolitik kommt es darauf an, den „Strukturwandel des Alters“ mitzudenken und als Einflussfaktor zu verstehen. Dazu zählen die folgenden Aspekte:

- **Ausdehnung der Altersphase**, d. h. die Beendigung des Berufslebens vor Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze bei gleichzeitiger Verlängerung der Lebenserwartung, so dass die Altersphase nicht selten 30 Jahre beträgt.
- **Unterschiedliche Lebenslagen**, d. h. die Ausdehnung der Altersphase führt zu einer vielfältigen Differenzierung der Altersphase („junge Alte“, „mittlere Alte“, „Golden Sixties“, „Hochaltrige“ etc.)
- **Die Alten werden immer jünger**, d. h. einzelne Probleme treten in immer früher werdenden Lebensphasen auf, wie z. B. die Frühverrentung.
- **Das Alter ist weiblich**, d. h. der Anteil der Frauen überwiegt aufgrund der längeren Lebenserwartung vor allem in der Hochaltrigkeit
- **Kulturelle Unterschiede**, d. h. die kulturelle Zusammensetzung der älteren Bevölkerung verändert sich in dem Maße, in dem ältere Migranten und Spätaussiedler auf Dauer in Deutschland bleiben.
- **Singularisierung im Alter**, d. h. immer mehr ältere Menschen leben allein (bundesweit leben etwa 40 % der Menschen ab 65 allein).

Parallel dazu gestaltet sich die häusliche Versorgung durch Familienangehörige aufgrund zunehmender Mobilität sowie Erwerbstätigkeit der potenziellen Pflegepersonen rückläufig. Bundesweite repräsentative Studien belegen, dass die Mehrheit der älteren Menschen auch bei Pflegebedürftigkeit den Verbleib in den eigenen Räumlichkeiten anstrebt. Hier sind bestehende Wohnverhältnisse von großer Bedeutung für die Entscheidung, ob bei Eintritt von Pflegebedürftigkeit eine Pflege in der häuslichen Umgebung möglich ist, bzw. ob dies durch entsprechende Wohnraumanpassung ermöglicht werden kann. Ein hoher Anteil altengerechter

¹⁸ Prof. Dr. Gerhard Naegele, Armin Koeppel, Institut für Gerontologie an der Universität Dortmund, in: Weiterentwicklung des EIS-Instrumentariums für die kommunale Seniorenpolitik, Mai 2007.

und/oder barrierefreier Wohnungen sowie differenzierter Angebote in betreuten Wohnanlagen auf dem Wohnungsmarkt wirkt sich positiv auf die Inanspruchnahme von Angeboten zur häuslichen Pflege aus.

Das Zusammenspiel all der im Kapitel 6.1. genannten Faktoren wird den steigenden Bedarf an Pflege-, Wohn- und Betreuungsformen zukünftig prägen.¹⁹

6.2 Pflegestatistik 2005

In dem nun folgenden Abschnitt wird die Pflegestatistik für den Kreis Gütersloh dargestellt. Die aktuellsten Daten lagen für das Jahr 2005 vor.²⁰ Mit Blick auf die zu erwartende demografische Entwicklung kann davon ausgegangen werden, dass sich künftig auch die Anzahl der Pflegebedürftigen im Kreis Gütersloh erhöhen wird.

Ende 2005 lebten im Kreis Gütersloh insgesamt 7.162 Pflegebedürftige, die Leistungen im Rahmen der Pflegeversicherung beziehen. Dies entspricht einem Bevölkerungsanteil von rund 2 % an der Gesamtbevölkerung des Kreises Gütersloh (auf Basis der Einwohnerdaten des Jahres 2005) – und stellt damit einen geringen Anteil an der Gesamtbevölkerung des Kreises Gütersloh dar.

Dabei bestehen deutliche Unterschiede in der geschlechtsspezifischen Betroffenheit. Im Kreis Gütersloh ist der Anteil der weiblichen Pflegebedürftigen insgesamt höher. Er betrug bezogen auf das Jahr 2005 68 %, während er bei den männlichen Pflegebedürftigen bei 32 % lag. In den Jahren 2001 und 2003 wurden ähnliche Anteile erreicht.

Entwicklung Leistungsempfänger PV im Kreis Gütersloh in %						
	2001		2003		2005	
	absolut	In %	absolut	In %	absolut	In %
Männliche Pflegebedürftige	2.245	32	2.144	31	2.267	32
Weibliche Pflegebedürftige	4.785	68	4.694	69	4.895	68
Insgesamt	7.030	100	6.838	100	7.162	100

Quelle: Pflegeplan des Kreises Gütersloh, Entwurf Stand: 01.08.2006.

¹⁹ Quelle: Pflegeplan für den Kreis Gütersloh, Entwurf Stand 01.08.2006; Institut für Gerontologie, Dortmund.

²⁰ Die Pflegestatistik 2005 hat stichtagsbezogene Daten zum 15.12.2005 erhoben. Die Auswertung des LDS auf Kreisebene liegt seit Anfang 2007 vor.

Die Enquete-Kommission des Landtags NRW geht in Ihrem Bericht „Situation und Zukunft der Pflege in NRW“ davon aus, dass sich die Anzahl der Pflegebedürftigen im Kreis Gütersloh vom Jahr 2002 bis zum Jahr 2020 um 46,7 % erhöhen wird.

Die differenzierte Betrachtung der Leistungsbezieher der Pflegeversicherung nach Art der Pflegeleistungen ergibt dabei das folgende Bild.

Pflegebedürftige Personen im Kreis Gütersloh (2001 – 2005)						
	2001		2003		2005	
	Pers.	In %	Pers.	In %	Pers.	In %
Pflegebedürftige insgesamt	7.030	2,0 der Einwohner	6.838	1,95 der Einwohner	7.162	2,0 der Einwohner
Pflegebedürftige vollstationär in Heimen	1.928	27,4	1.991	29,1	2.019	28,2
Pflegebedürftige in ambulanter Versorgung	5.102	72,6	4.847	70,9	5.143	71,2
a) bei Angehörigen	3.259	63,8	2.764	57	2.827	56,0
b) durch Pflegedienste:	1.843	36,2	2.083	43	2.316	54,0
- davon Ambulanter Pflegedienst	1.706	92,6	1.865	89,6	2.053	88,6
- davon Tagespflege	106	5,7	165	7,9	220	9,4
- davon Kurzzeitpflege	31	1,7	53	2,5	43	1,8

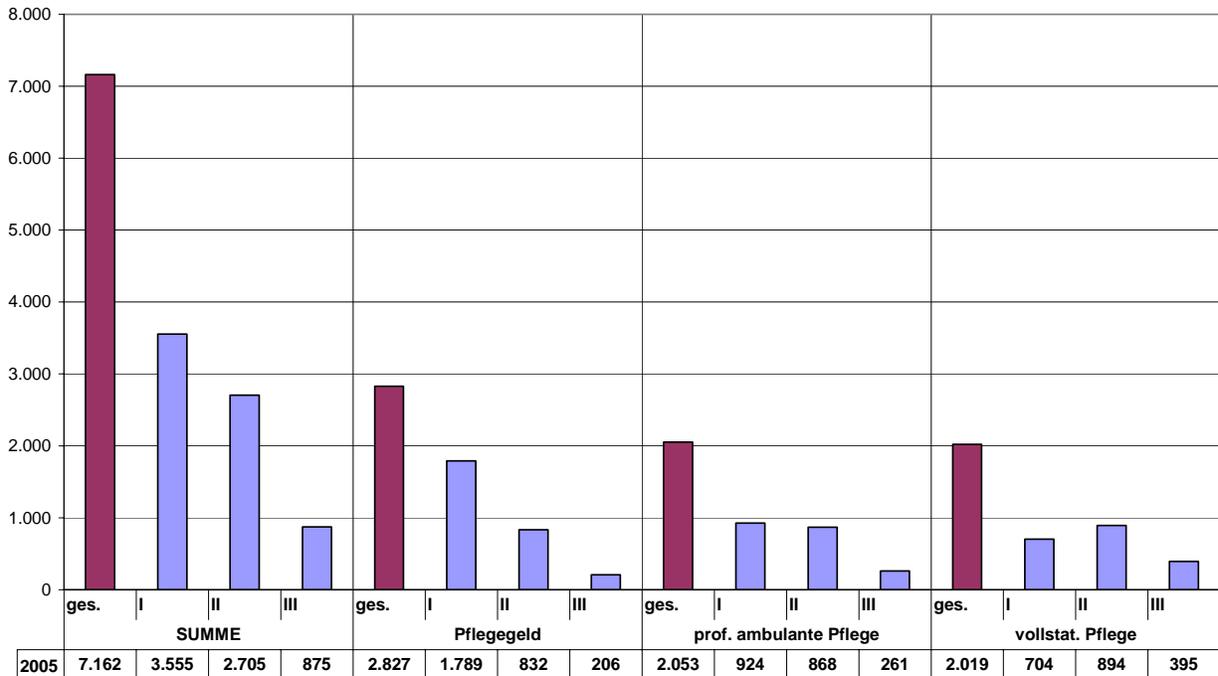
Quelle: Pflegeplan des Kreises Gütersloh, Entwurf Stand: 01.08.2006.

Mit einem Anteil von rund 71 % dominiert auch im Jahr 2005 der im Rahmen häuslicher Pflege versorgten Personen im Kreis Gütersloh deutlich.

Im Bereich der vollstationären Pflege in Heimen ist zum Ende des Jahres 2005 ein leichter Anstieg bei den Personen in Pflegeheimen um 28 Personen erkennbar.

Oftmals ausschlaggebend für die Wahl von Geld- oder Kombinationsleistung sind der Grad der Pflegebedürftigkeit sowie die Leistungsfähigkeit der familiären Unterstützungssysteme. In der Betrachtung der Pflegeformen – differenziert nach Pflegestufen – zeigt sich für das Jahr 2005 eine deutliche Schwerpunktsetzung der familiären häuslichen Pflegestufe 1, während in den professionellen Segmenten der Pflege die Pflegestufen 2 und 3 überwiegen.

Pflegestatistik 2005 für den Kreis Gütersloh - Auswertung nach Hilfearten und Pflegestufen



Quelle: Pflegeplan des Kreises Gütersloh, Entwurf Stand: 01.08.2006.

Bei all seinen Bemühungen zur adäquaten Versorgung älterer Menschen orientiert sich der Kreis Gütersloh an dem gesetzlich verankerten Grundsatz „ambulant vor stationär“. Es gibt jedoch immer wieder auch Situationen, in denen eine professionelle „Rund-um-die-Uhr“-Versorgung in einer Einrichtung erforderlich ist.

6.3 Vollstationäre Pflegeeinrichtungen

Im Jahr 2006 sind – bei gleich gebliebener Einrichtungszahl – 42 zusätzliche Plätze in der vollstationären Pflege dazu gekommen. Insgesamt standen zum Stichtag 1. Juli 2006 2.261 Plätze im vollstationären Pflegeangebot zur Verfügung.

Die Versorgungsquote im Kreis Gütersloh liegt derzeit bei 380 vollstationären Pflegeplätzen je 10.000 Einwohner über 65 Jahren in 2005. Diese Versorgungsquote entspricht einer Platzrelation von 33 Plätzen je 100 Pflegebedürftiger.

Die Auslastungsquote im vollstationären Angebotsbereich betrug im Jahr 2003 90 % und im Jahr 2005 90,8 %.²¹

²¹ Zu berücksichtigen ist dabei, dass Personen in der Pflegestufe 0 hiervon nicht erfasst werden. Daher sind daraus keine Rückschlüsse auf die tatsächliche Belegung zulässig. Die Heimaufsicht des Kreises Gütersloh hat zum 01.01.2005 eine Belegung von 97,28 % ermittelt. Zum 01.01.2007 sind diese Daten auch erhoben worden, liegen aber noch nicht vor.

Die folgende Tabelle gibt Aufschluss über die Platzkapazitäten der vollstationären Pflegeeinrichtungen in den Gemeinden des Kreises Gütersloh.

Anzahl der Plätze in vollstationären Pflegeeinrichtungen auf Gemeindeebene ²²													
	Borgholzhausen	Gütersloh	Halle	Harsewinkel	Herzebrock-Clarholz	Langenberg	Rheda-Wiedenbrück	Schoß Holte-Stukenbrock	Steinhagen	Versmold	Rietberg	Verl	Werther
Anzahl der Plätze	80	599	167	157	77	53	390	193	115	108	168	98	56
Gesamt	2.261												

Quelle: Pflegeplan des Kreises Gütersloh, Entwurf Stand: 01.08.2006.

Mit der Novellierung des Landespflegegesetzes NRW im Jahr 2003 ist die bisher erforderliche Bedarfsprüfung für den Bau stationärer Pflegeeinrichtungen durch den örtlichen Sozialhilfeträger entfallen. Mit der Gesetzesänderungen ist es faktisch zu einer Öffnung des Pflegemarktes im Bereich der teil- und vollstationären Pflege gekommen. Der Kreis Gütersloh kann bei der Planung von vollstationären Einrichtungen nur noch dadurch steuernd eingreifen, in dem er konsequent die Einhaltung der Vorgaben des Landespflegegesetzes (PfG NW) fordert (z.B. maximal 80 Plätze je Einrichtung, Einhaltung der Einzelzimmerquote).

Zur Versorgung des zunehmenden Anteils hilfe- und pflegebedürftigen Menschen werden immer mehr Unterstützungsstrukturen notwendig sein. Der Kreis Gütersloh hat auf diese Entwicklung reagiert und die „**Rahmenvereinbarung über die Gestaltung und Vernetzung der offenen Seniorenarbeit, Pflege- und Wohnberatung sowie der kommunalen Pflegeplanung**“ zwischen allen Kommunen und der Arbeitsgemeinschaft der Verbände der freien Wohlfahrtspflege auf den Weg gebracht.

Die in der Rahmenvereinbarung formulierten Aufgaben zielen darauf ab, eine bedarfsgerechte, ortsnahe, flächendeckende und finanzierbare Versorgung Älterer, hilfe- und/oder Pflegebedürftiger Menschen in enger Kooperation der Städte und Gemeinden des Kreises sicherzustellen.

Dabei wird dem Gedanken der ehrenamtlichen und niederschweligen Hilfen zur Förderung u.a. der Prävention in besonderer Weise Rechnung getragen.

²² Im Pflegeplan des Kreises Gütersloh sind alle vollstationären Pflegeeinrichtungen namentlich aufgeführt.

6.3 Wohnen im Alter

Zu den wichtigsten Vorbereitungen auf das Alter gehört es, sich frühzeitig Gedanken darüber zu machen, wie und wo man später wohnen möchte – da die Wohnqualität stets ganz entscheidend die Lebensqualität bestimmt.

Zwar ist der Wunsch, so lange wie möglich im vertrauten Heim wohnen zu bleiben, hierzulande der Normalfall. Doch vor dem Hintergrund veränderter Familienverhältnisse (d. h. auch dem Rückgang des Potentials an pflegenden Angehörigen), interessieren sich immer mehr Menschen für selbst organisierte gemeinschaftliche Wohnformen und für Alternativen zum Leben in Wohnanlagen in Heimen.

Nach einer Studie vom Institut für Wohnungswesen der Ruhr-Universität Bochum²³ sind 65 Prozent der Altershaushalte umzugsbereit, wenn ihnen bessere Wohnformen mit mehr Service angeboten werden.

Neben dem Wohnen in der eigenen Häuslichkeit und dem Wohnen in Institutionen wie Alten- und Pflegeheimen haben sich in den letzten Jahren zunehmende Angebote des selbständigen Wohnens mit einer bedarfsgerechten Hilfe entwickelt. Zu diesen „Neuen Wohnformen“²⁴ für ältere und pflegebedürftige Menschen zählen insbesondere Betreutes Wohnen und ambulant betreute Wohn- und Hausgemeinschaften.

Um Bürger bei dem Verbleib in der eigenen Häuslichkeit zu unterstützen bzw. bei der Auswahl einer neuen, barrierefreien Wohnung Entscheidungshilfen zu geben, hat der Kreis Gütersloh eine Wohnberatung etabliert, die auch in die oben genannte Rahmenvereinbarung zwischen den kreisangehörigen Städten und Gemeinden eingeflossen ist.

Exemplarisch wird im Demografiebericht schwerpunktmäßig der Bereich des Betreuten Wohnens dargestellt.

Betreutes Wohnen

Beim Betreuten Wohnen handelt es sich um eine Wohn- und Versorgungsform, bei der eine altengerechte Wohnung und das Wohnumfeld mit einer inhaltlich begrenzten Grundbetreuung und einem weitergehenden frei wählbaren Dienstleistungsangebot verbunden ist.

Die Grundleistung beim Betreuten Wohnen enthält meist Beratungs- und Betreuungsleistungen sowie ein Notrufsystem. Zusätzlich werden Wahlleistungen angeboten wie Mahlzeiten, Reinigungs- und Pflegeleistungen, die bei Bedarf genutzt werden können und für die bezahlt werden muss.

²³ Quelle: www.inwis.de

²⁴ Quelle: Leben und Wohnen im Alter, Stiftung Warentest in Kooperation mit dem Kuratorium Deutsche Altershilfe und Bertelsmann Stiftung, 2006.

Abschließend ist zu erwähnen, dass das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales das „Qualitätssiegel Betreutes Wohnen für Ältere Menschen NRW“ entwickelt hat, womit Qualitätsanforderungen und Mindeststandards geschaffen wurden. Träger haben die Möglichkeit, ihre Wohnanlage auf Einhaltung der Kriterien überprüfen zu lassen. Bei positivem Prüfergebnis erhält der Träger das Qualitätssiegel. Über den Stand der Zertifizierung im Kreis Gütersloh kann zum Zeitpunkt der Erstellung des Berichtes noch keine Aussage getroffen werden.

Auch im Kreis Gütersloh gibt es eine Vielzahl von Häusern, die Betreutes Wohnen anbieten.

Betreutes Wohnen im Kreis Gütersloh im Jahr 2005 (Stand: 01.07.2006)													
	Borgholzhausen	Gütersloh	Halle	Harsewinkel	Herzebrock-Clarholz	Langenberg	Rheda-Wiedenbrück	Schoß Holte-Stukenbrock	Steinhagen	Versmold	Rietberg	Verl	Werther
Anzahl der Wohneinheiten	48	370	51	48	20	10	162	10	37	15	47	59	k.A.
Gesamt	877 ²⁵												

Quelle: Pflegeplan des Kreises Gütersloh, Entwurf Stand: 01.08.2006.

Die Daten im Bereich des Betreuten Wohnens sind jedoch nicht vollständig erhoben worden.

Ambulant betreute Wohn- und Pflegeformen

In fast allen Gebietskörperschaften Westfalens ist ein signifikant beachtenswerter Anstieg ambulanter Versorgungsverhältnisse zu verzeichnen, der sich auf hohem Niveau stabilisiert zu haben scheint. Unter dieser Wohnform sind Hausgemeinschaften und Pflegewohnungen mit Rund-um-die-Uhr-Betreuung zu verstehen. Auch der Kreis Gütersloh verfolgt die Strategie, diesen Bereich auszubauen.

Die Anzahl der Plätze wird bei den ambulant betreuten Wohn- und Pflegeformen von ca. 117 zum Stand 01.07.2006 bis Ende 2007 auf rund 250 steigen.²⁶

²⁵ Diese Aufstellung erhebt angesichts der aktuellen Entwicklungen keinen Anspruch auf Vollständigkeit, zeigt aber die Vielzahl der Angebote im Bereich des Betreuten Wohnens.

²⁶ Information des Kreises Gütersloh im August 2007

6.4 Herausforderungen

Aus der demografischen Entwicklung ergeben sich für das Handlungsfeld Seniorenpolitik komplexe Planungs- und Handlungserfordernisse. Kommunale Seniorenpolitik muss künftig als Querschnittsaufgabe verstanden und qualitativ aufgewertet werden.

Folgende Herausforderungen können für den Kreis Gütersloh zusammengefasst werden:

1. Interkommunale Zusammenarbeit ausbauen

Angesichts der vielfältigen Aufgaben im Bereich Seniorenpolitik und der markanten Verschiebung innerhalb der Altersstruktur ist die Zusammenarbeit der kreisangehörigen Städte und Gemeinden bei der Pflegeplanung aber auch allen anderen Bereichen der Seniorenpolitik zu intensivieren. Die Rahmenvereinbarung bietet dafür eine hervorragende Voraussetzung.

2. Rahmenvereinbarung in die Tat umsetzen

Die in der Rahmenvereinbarung definierte und gemeinsam beschlossene Aufgabe, eine bedarfsgerechte, ortsnahe, flächendeckende und finanzierbare Versorgung Älterer, hilfs- und/oder pflegebedürftiger Menschen im Kreis sicherzustellen bietet die Chance, sie konsequent weiterzuverfolgen.

3. Gesundheitsprävention und –förderung im Alter

Die Bereitstellung von Angeboten der Gesundheitsförderung und Prävention, Bildungs- und Sportangebote sowie generationsübergreifende Angebote durch die Kommune tragen dazu bei, das Pflegerisiko zu verringern und ein selbstbestimmtes Leben zu führen.²⁷

Die Förderung der Gesundheit durch präventive Maßnahmen wie Sport und Bewegung, eine gesunde Lebensführung und die Vermeidung von Risikofaktoren kann ganz erheblich zur Verringerung des Pflegerisikos im Alter beitragen. Auch hier tragen die gesellschaftlichen Akteure auf kommunaler Ebene Verantwortung.

4. Zusammenlebens der Generationen fördern

Die Zusammenarbeit und der Dialog der Generation in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen bietet die Möglichkeit das Zusammenleben der Generationen zu stärken, z.B. in dem ältere Menschen in die Offene Ganztags-grundschule eingebunden werden oder Schulkinder Pflegeheime besuchen.

²⁷ Birgit Ottensmeier, Hans Jörg Rothen, Kommunale Seniorenpolitik, in: Wegweiser Demografie 2020, Bertelsmann Stiftung, Februar 2006.

5. Dialog über das Leben im Alter führen

„Was kann ich selbst für ein erfolgreiches Altern tun?“, „Wie will ich leben und wohnen im Alter?“, „Was kann ich selber für das Gemeinwohl tun?“ – der Dialog über diese Fragen mit den heute noch unter 65 Jährigen schärft das Bewusstsein innerhalb der Bevölkerung über das eigene Leben im Alter und gibt vielfältige Hinweis auf zukünftige Bedürfnisse der zukünftigen älteren Menschen.

6. Ehrenamtliches Engagement ausbauen

Die Potenziale, das Wissen und die Erfahrungen älterer Menschen spielen vor allem beim Ausbau des ehrenamtlichen Engagements eine große Rolle und können vielfältig in kommunale Prozesse eingebracht werden. Auch dieser Aspekt wurde in der Rahmenvereinbarung aufgegriffen.

Die Vielfalt des Alters erfordert in en Städten und Gemeinden, d. h. vor Ort, eine intensive Beschäftigung mit dem Altersbild. Die heutigen älteren Menschen wollen ihre teilweise drei Jahrzehnte umfassende Altersphase aktiv und selbstbestimmt gestalten. Die Förderung der Selbstbestimmung und der Erhalt der Selbstständigkeit älterer Menschen ist ein zentrales Anliegen einer zukunftsorientierten Seniorenpolitik. Diese orientiert sich daran, die Chancen und Potentiale des Alters zu erkennen.

7. Handlungsfeld Migration und Integration

Die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund²⁸ gewinnt in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung. Zum einen liegt hier die Hoffnung einen Teil des Bevölkerungsrückgangs durch Einwanderung abzufedern, zum anderen besteht der Wunsch der vollen Integration dieser Menschen in die Gesellschaft und die damit verbundene Teilnahme und Teilhabe am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen System.

Dies spüren besonders die Kommunen. Hier sind die Probleme und Kosten der Nichtintegration am besten erkennbar. Es ist wichtig, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund die gleichen Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben wie deutsche Jugendliche. Ebenso wichtig ist die Integration ihrer Eltern in den Arbeitsmarkt und in das gesellschaftliche und städtische Leben. Dies bedeutet aber eine gesonderte Förderung und Rücksichtnahme.

Eine gelungene Integration ist mittlerweile genauso wie „Familienfreundlichkeit“ ein Standortfaktor für Kommunen. Denn Migranten stellen einen Wirtschaftsfaktor dar. Insbesondere vor dem Hintergrund der alternden Gesellschaft und des zurückgehenden Erwerbspotenzials werden die Potenziale der Migranten immer wichtiger für den Arbeitsmarkt. Weitere Zuwanderung aus dem Ausland könnte zudem mittelfristig dazu beitragen, einen möglichen Fachkräftemangel abzumildern.

Ein genaueres Bild der Menschen mit Migrationshintergrund im Kreis Gütersloh zeigt ein Blick auf die Daten und Zahlen.

7.1 Menschen mit Migrationshintergrund

Am 31.12.2005 lebten im Kreis Gütersloh 30.280 Ausländer, dies entsprach einem Anteil von 8,6 %. Dieser Anteil lag somit unter dem landesweiten Durchschnitt von 10,7 %. Die größte Anteil der ausländischen Bevölkerung war zwischen 15 und 25 Jahren alt (11,1 %). Der Anteil der 65-Jährigen und Älteren war mit 3 % im Jahr 2005 noch vergleichsweise gering. Dennoch kann an der Altersverteilung abgelesen werden, dass es auch innerhalb der Gruppe der Migranten zu einer Verschiebung in Richtung der älteren Altersgruppen kommen wird. Dies stellt auch den Kreis Gütersloh vor neue Herausforderungen.

²⁸ Zu den Menschen mit Migrationshintergrund zählen „alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten, sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil“. Quelle: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund Ergebnisse des Mikrozensus 2005, Wiesbaden 2007, S. 6. Da Daten zu Menschen mit Migrationshintergrund auf kommunaler Ebene noch nicht flächendeckend vorliegen, muss bislang auf die Kennzahlen zur ausländischen Bevölkerung, also zu Personen ohne deutschen Pass, zurückgegriffen werden. Die Begriffe Menschen mit Migrationshintergrund, Migranten und Ausländer werden synonym verwendet.

In den einzelnen Gemeinden sieht dies wie folgt aus:

Integrationsdaten für den Kreis Gütersloh und die kreisangehörigen Gemeinden (2005)							
	LK Gütersloh	Borgholzhausen	Gütersloh	Halle (Westf.)	Harsewinkel	Herzebrock-Clarholz	Langenberg
Bevölkerung (Anzahl)	353.250	8.784	96.145	21.283	24.251	16.175	8.186
Ausländische Bevölkerung (Anzahl)	30.280	390	9.098	1.688	2.064	1.172	311
Ausländeranteil (%)	8,6	4,4	9,5	7,9	8,5	7,2	3,8
Ausländeranteil unter 15-Jährige (%)	8,1	4	10,5	6,8	7,8	6	3
Ausländeranteil 15- bis unter 25-Jährige (%)	11,1	4,8	11,7	10,3	10,7	9	6
Ausländeranteil 25- bis unter 65-Jährige (%)	10	5,5	10,7	9,5	9,7	9	4,6
Ausländeranteil ab 65-Jährige (%)	3	1,4	3,6	3,2	3,7	1,5	0,7
Entwicklung ausländische Bevölkerung (%) 2000-2005	0,4	14,4	2,9	7,5	21,3	-15,1	29,9
Anteil Eingebürgerte im Jahr (%)	2,4	1,5	3,2	3,1	2	2,9	1,6
Anteil Niederlassungserlaubnis (%)	4,2	k.A.	4,3	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Anteil geduldete Personen (%)	3,1	k.A.	2,4	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.

k.A. = keine Angabe bei fehlender Verfügbarkeit

Quelle: www.wegweiserdemografie.de, Bertelsmann Stiftung.

Integrationsdaten für den Kreis Gütersloh und die kreisangehörigen Gemeinden (2005)							
	Rheda-Wiedenbrück	Schloß Holte-Stukenbrock	Steinhagen	Versmold	Rietberg	Verl	Werther (Westf.)
Bevölkerung (Anzahl)	46.440	26.016	19.902	21.064	28.790	24.754	11.460
Ausländische Bevölkerung (Anzahl)	5.441	1.396	1.143	1.873	2.331	2.547	826
Ausländeranteil (%)	11,7	5,4	5,7	8,9	8,1	10,3	7,2
Ausländeranteil unter 15-Jährige (%)	10,7	6,2	6,4	6,8	6,9	7	7,2
Ausländeranteil 15- bis unter 25-Jährige (%)	15,3	6,6	8,9	13,1	9,6	14,7	8,9
Ausländeranteil 25- bis unter 65-Jährige (%)	14,1	5,9	6,5	10,5	9,8	12,3	8,1
Ausländeranteil ab 65-Jährige (%)	3,5	1,6	1,2	3,3	2,6	3,1	3,6
Entwicklung ausländische Bevölkerung (%) 2000-2005	-9,8	22,7	13,6	-2,3	-3,7	-23,9	16,7
Anteil Eingebürgerte im Jahr (%)	1,3	3,6	3	1	2,2	1,3	1,8
Anteil Niederlassungserlaubnis (%)	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Anteil geduldete Personen (%)	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.

k.A. = keine Angabe bei fehlender Verfügbarkeit

Quelle: www.wegweiserdemografie.de, Bertelsmann Stiftung.

Innerhalb des Kreises zeigt sich eine recht heterogene Verteilung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Lebten 2005 in Gemeinden wie Borgholzhausen, Langenberg und Schloß Holte-Stukenbrock nur bis zu 5,4 % Migranten war dieser Anteil in der Stadt Gütersloh (9,5 %), Harsewinkel (8,5 %), Rheda-Wiedenbrück (11,7 %), Versmold (8,9 %) und in Verl (10,3 %) fast doppelt so hoch.

Die Entwicklung ausländischer Bevölkerung zeigt mit 0,4 % im gesamten Kreis eine nur leichte Erhöhung des Anteils der ausländischen Bevölkerung innerhalb der Jahre 2000 bis 2005. Hier ist allerdings auch eine starke Differenzierung zu beachten. Trotz der geringen Erhöhung des Anteils der Migranten im gesamten Kreis, sehen sich Borgholzhausen (14,4 %), Harsewinkel (21,3 %), Langenberg (29,9 %) und Schloß Holte-Stukenbrock (22,7 %) mit einem starken Anstieg konfrontiert. Wenngleich hier der Anteil ausländischer Bevölkerung auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau liegt, ist dieser enorme Anstieg innerhalb der letzten Jahre mit einer Herausforderung für die Gemeinden verbunden.

Der Anteil der Eingebürgerten zeigt im Kreis Gütersloh eine positive Entwicklung. Er liegt mit 2,4 %²⁹ über dem Wert von 1,8 % in NRW. Einbürgerung ist ein wichtiger Aspekt für Integration. Sobald sich Bürger für die deutsche Staatsbürgerschaft entscheiden, ist ihnen bereits ein gutes Stück an Integration in die deutsche Gesellschaft gelungen.³⁰ Dies bestätigt sich auch beim Anteil der Niederlassungserlaubnis. Auch hier liegt der Anteil mit 4,2 % im Kreis Gütersloh über dem NRW Landesdurchschnitt (3 %). Im Gegensatz zum Duldungsstatus bedeutet die Niederlassungserlaubnis eine gesicherte, unbefristete Aufenthaltserlaubnis mit Berechtigung zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit. Bei einer Duldung handelt es sich lediglich um eine vorübergehende Aussetzung der Abschiebung. Im Kreis Gütersloh liegt der Anteil der Personen, die einen Duldungsstatus besitzen, mit 3,1 % knapp unter dem Landesschnitt NRW von 3,2 %.

²⁹ 2,4 % der ausländischen Bevölkerung haben innerhalb des Jahres 2005 im Kreis Gütersloh die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten.

³⁰ Vgl.: Dr. Bernhard Santel. Zentrale Resultate der Sonderauswertung aus dem Mikrozensus 2005 für Nordrhein-Westfalen, Thesenpapier, Unter: www.wegweiser-demographie.de

7.2 Integration in Bildung und Ausbildung

Verdeutlicht werden können die Chancen der Migranten im Kreis Gütersloh mit einem Blick auf die Bildungs- und Ausbildungsentwicklungen.

Integration in Bildung und Ausbildung im Kreis Gütersloh und NRW (2005)		
	LK Gütersloh	Nordrhein-Westfalen
Abiturientenquote - Ausländer (%)	5,9	10,3
Abiturientenquote - gesamt (%)	20,5	25,9
Anteil ausländ. Schulabgänger ohne Abschluss (%)	11	14,1
Anteil Schulabgänger ohne Abschluss gesamt (%)	4	6,9
Anteil Aussiedlerschüler (%)	6,7	3,4

Quelle: www.wegweiserdemografie.de, Bertelsmann Stiftung

Der im Handlungsfeld Bildung aufgezeigte Trend des geringen Anteils der Abiturienten unter den Schulabgängern zeigt sich auch bei den ausländischen Schülern. Die Abiturientenquote der Ausländer liegt mit 5,9 % deutlich unter dem Landesschnitt NRW von 10,3 %. Auch in Ostwestfalen Lippe schließen mit 7,8 % (2004) vergleichsweise weniger Ausländer die Schule mit Abitur ab (Bildungsatlas OWL). Positiv zu sehen ist allerdings, dass der Anteil ausländischer Schulabgänger ohne Abschluss mit 11 % unter dem NRW Durchschnitt liegt (14,1 %). Dennoch lässt sich hier Handlungsbedarf ablesen. Denn nach wie vor brechen mehr ausländische als deutsche Schüler die Schule ab, bevor sie einen Abschluss erlangen.

Von besonderer Bedeutung ist gerade im Kreis Gütersloh der Anteil der Aussiedler. Da diese die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, werden sie nicht gesondert statistisch aufgeführt. Aber durch den Anteil der Aussiedlerschüler kann dies dennoch verdeutlicht werden. Mit 6,7 % ist dieser Anteil im Kreis Gütersloh deutlich höher als im gesamten NRW Durchschnitt. Dies bestätigen auch Daten der Bezirksregierung Detmold. Mit dem Anteil von 10,9 % an Aussiedler-Schülern an allen Schülern allgemeinbildender Schulen liegt der Regierungsbezirk Detmold deutlich über den anderen Bezirken in Nordrhein-Westfalen. Hier steht der Kreis Gütersloh vor der besonderen Herausforderung, die Situation dieser Schüler genauer zu analysieren, gegebenenfalls zu verbessern und ihre Benachteiligung auszugleichen.

7.3 Integration in Arbeit

Abgesehen von der Schulbildung kommt auch der Integration in den Arbeitsmarkt eine wesentliche Bedeutung zu. Der Kreis Gütersloh hat hier eine günstige Ausgangsposition.

Integration in Arbeit im Kreis Gütersloh und in NRW (2005)		
	LK Gütersloh	Nordrhein-Westfalen
Anteil arbeitslose Ausländer (%)	11,1	13,4
Anteil Arbeitslose gesamt (%)	6,3	8,6
Anteil arbeitslose ausländ. Jugendliche (%)	5,8	5,9
Anteil arbeitslose Jugendliche gesamt (%)	4,4	5,3

Quelle: www.wegweiserdemografie.de, Bertelsmann Stiftung.

Ein genauer Blick auf die Daten zeigt, dass im Kreis Gütersloh im Vergleich zum Land NRW deutlich bessere Voraussetzungen für eine erfolgreiche Integration gegeben sind. Der Anteil der arbeitslosen Ausländer ist mit 11,1 % im Kreis geringer als in NRW. Die guten Ausgangsbedingungen zeigen aber auch, dass dies nicht an einer besonderen Integrationspolitik im Kreis liegt, sondern nur an der besseren wirtschaftlichen Situation. Gleichzeitig ist auch der Arbeitslosenanteil generell niedriger als in Nordrhein-Westfalen insgesamt.

Die Situation in den einzelnen Gemeinden kann den folgenden Tabellen entnommen werden.

Integration in Arbeit im Kreis Gütersloh und den kreisangehörigen Gemeinden (2005)							
	LK Gütersloh	Borgholzhausen	Gütersloh	Halle (Westf.)	Harsewinkel	Herzebrock-Clarholz	Langenberg
Anteil arbeitslose Ausländer (%)	11,1	11,1	13,3	12,8	10,5	7,1	7
Anteil Arbeitslose gesamt (%)	6,3	5,3	7,5	6,5	5,6	4,9	5,6
Anteil arbeitslose ausländ. Jugendliche (%)	5,8	k.A.	6,8	9,3	5,8	3,3	4,9
Anteil arbeitslose Jugendliche gesamt (%)	4,4	2,9	5,7	5,1	3,8	3,3	4,5

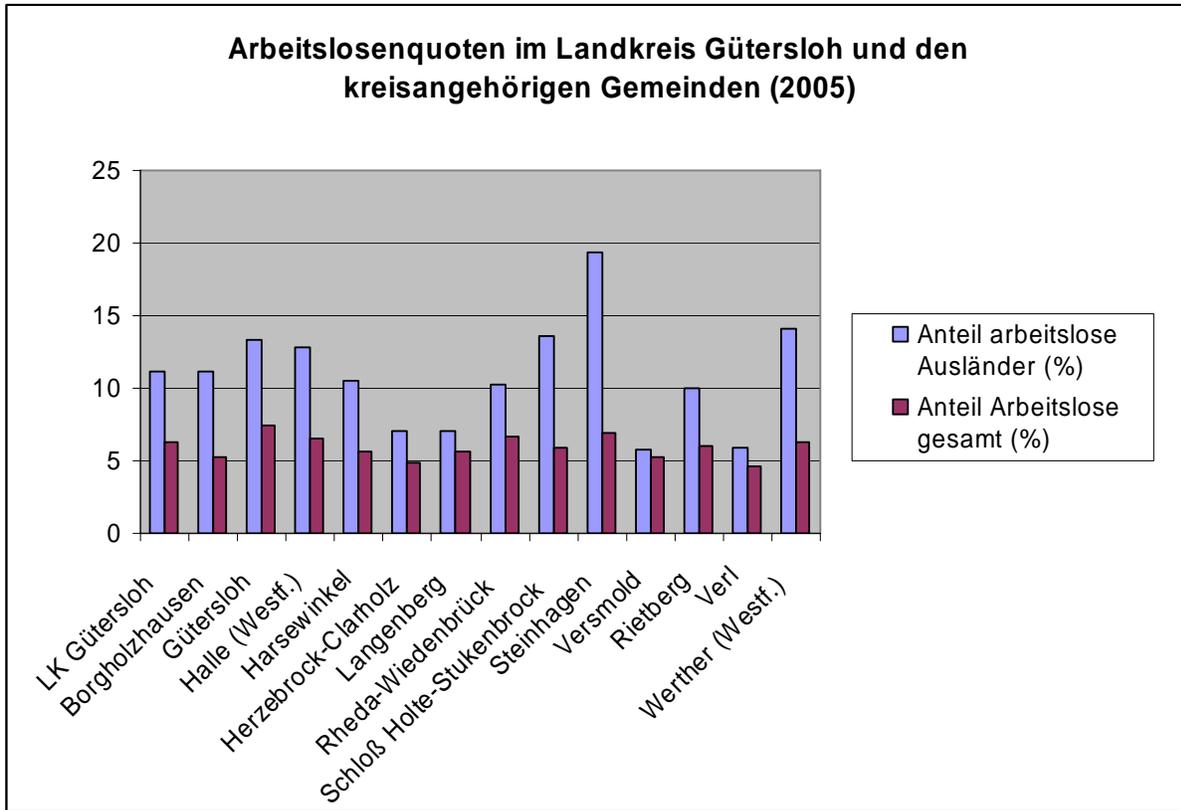
k.A. = keine Angabe bei fehlender Verfügbarkeit

Quelle: www.wegweiserdemografie.de, Bertelsmann Stiftung.

Integration in Arbeit im Kreis Gütersloh und den kreisangehörigen Gemeinden (2005)							
	Rheda-Wiedenbrück	Schloß Holte-Stukenbrock	Steinhagen	Versmold	Rietberg	Verl	Werther (Westf.)
Anteil arbeitslose Ausländer (%)	10,3	13,6	19,3	5,8	10	5,9	14,1
Anteil Arbeitslose gesamt (%)	6,7	5,9	6,9	5,3	6	4,6	6,3
Anteil arbeitslose ausländ. Jugendliche (%)	6,2	4,3	12	3,1	4,3	2,7	5,2
Anteil arbeitslose Jugendliche gesamt (%)	4,2	3,9	4,6	3,3	4,1	3,4	3,5

Quelle: www.wegweiserdemografie.de, Bertelsmann Stiftung.

Die Quote der ausländischen Arbeitslosen ist in allen Gemeinden höher als die gesamte Arbeitslosenquote. Dies zeigt eine Benachteiligung ausländischer Mitbürger. Zwischen den Gemeinden herrscht allerdings eine starke Heterogenität bezüglich der Arbeitslosenquote der Ausländer. Dort wo die gesamte Arbeitslosenquote vergleichsweise hoch ist, ist auch die Arbeitslosenquote der Ausländer besonders hoch. In der Stadt Gütersloh, in Halle, in Rheda-Wiedenbrück, Schloß Holte-Stukenbrock, Steinhagen, Rietberg und Werther ist dies der Fall.



Quelle: www.wegweiserdemografie.de, Bertelsmann Stiftung, eigene Darstellung.

Nur in Verl und Versmold ist die Arbeitslosenquote der Ausländer geringfügig höher, als die gesamte Arbeitslosenquote:

Arbeitslosenquote 2005 in Versmold und Verl		
	Versmold	Verl
Anteil arbeitslose Ausländer (%)	5,8	5,9
Anteil Arbeitslose gesamt (%)	5,3	4,6

Quelle: www.wegweiserdemografie.de, Bertelsmann Stiftung.

Dies zeigt, dass innerhalb des Kreises Integration unterschiedlich stark stattfindet und gewährleistet wird. In Gemeinden wie Verl und Versmold ist die Entwicklung auf branchenspezifische Besonderheiten zurückzuführen. Eine der Hauptgründe für die geringen Arbeitslosenquoten in Verl und Versmold ist die Tatsache, dass in der Fleisch- und Wurstwarenindustrie traditionell viele Ausländer beschäftigt wurden und werden. Dies dürfte auch ein Grund für die hohe Ausländerquote in Rheda-Wiedenbrück sein.

Um diese Heterogenitäten auszugleichen und anzupassen, ist der Kreis gefragt. Hier kann nur er die Koordination übernehmen und muss eine gewinnbringende Steuerung übernehmen.

7.4 Herausforderungen

Das Handlungsfeld Integration wird zu einer immer wichtigeren und schwierigeren gesamtgesellschaftlichen Herausforderung. Die Kommunen spüren dies besonders stark.

Im Kreis Gütersloh sind die Ausgangsbedingungen im demografischen Wandel vergleichsweise gut. Die wirtschaftlichen Bedingungen mit vielen Arbeitsplätzen sind hier zu nennen, ebenso wie das niedrige Durchschnittsalter der Bevölkerung. Dies ermöglicht dem Kreis eine gute Basis zur Konzeptentwicklung im Themenfeld Integration und Migration.

Sowohl im Kreis als auch in der Stadt Gütersloh gibt es zahlreiche Initiativen und Maßnahmen, die sich aktiv mit Integrationsaufgaben befassen. Teils geschieht dies im Rahmen der Angebote und Maßnahmen für alle Bürger, teils handelt es sich um spezielle Angebote für Menschen mit Migrationshintergrund³¹.

Dabei steht der Kreis Gütersloh vor den folgenden Herausforderungen³²:

1. Profil Integration entwickeln

Wichtigste Aufgabe für den Kreis ist es ein Profil „Integration“ mit konkreten Zielsetzungen und Leitbildern zu entwickeln.

2. Bereits laufende Projekte bündeln

Passend zum Profil müssen Konzepte und Strategien gebildet werden. Die Bündelung einzelner schon bestehender Projekte im Kreis ist notwendig. Die Priorisierung einzelner Aspekte erleichtert das Handeln nach einer einheitlichen Strategie.

3. Koordinierungsfunktion des Kreises ausbauen

Der Kreis hat hier die Koordinierungsaufgabe und sollte Initiator sein. So zeigt er auch politischen Willen und stellt Verbindlichkeit her.

4. Integration als Querschnittsaufgabe verstehen

Wenngleich der Kreis die Steuerung vorgibt, ist Integration eine Querschnittsaufgabe. Integrierte Ansätze bedeuten hier, dass die Planung und Durchführung einzelner Projekte bei den einzelnen Ressorts im Kreis und/oder in den Gemeinden liegen. So entstehen Netzwerke mit Akteuren sowohl aus der Verwaltung als auch aus der Wirtschaft.

³¹ Integration in OWL, ein Überblick über Integrationsdaten und Integrationspolitiken in den Kreisen gütersloh, Herford, Höxter, Minden-Lübbecke und in der Stadt Bielefeld, Bertelsmann Stiftung, Mai 2007.

³² Bertelsmann Stiftung, Erfolgreiche Integration ist kein Zufall. Strategien kommunaler Integrationspolitik. Gütersloh 2005; www.erfolgreiche-integration.de.

5. Partizipation und Vernetzung unter Koordination des Kreises

Ein partizipativer Prozess unter Einbeziehung der Migranten bzw. ihrer Organisationen und Vertretungen hat mehrere Vorteile. Er erhöht die Akzeptanz für die Vorhaben und die Identifikation damit. Dadurch übernehmen Migrantenvertreter selbst Verantwortung für den Prozess und wirken als Multiplikatoren (vor allem gegenüber der eigenen Zielgruppe). Zum anderen werden einzelne Maßnahmen selbst häufig besser, weil Migranten Aspekte einbringen können, an die sonst eventuell nicht gedacht wird. Sprachkurse werden z.B. häufig erst dann erfolgreich, wenn sie gemeinsam mit Ausländern entwickelt und durchgeführt werden. Partizipation ist also im wahrsten Sinne der Schlüssel zum Erfolg.

Gerade im Kreis Gütersloh zeigen sich für Menschen mit Migrationshintergrund die unterschiedlich verteilten Chancen und Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt. Die relativ niedrige Anzahl an Schulabschlüssen mit Hochschulreife besonders bei ausländischen Jugendlichen zeigt hier Handlungsbedarf. Kinder und Jugendliche aus benachteiligten Familien, insbesondere mit Migrationshintergrund, benötigen besondere Förderung und Bildung. Dies sollte schon im Kindergarten unter Einbindung der Eltern (sog. Rucksackprojekte) stattfinden.

Da auch Erwerbsarbeit ein wichtiger Integrationsfaktor ist, gilt es auch hier für Offenheit und Sensibilisierung der ansässigen Unternehmen und Arbeitgebern zu sorgen. Bildung fängt bei den kleinen Kindern an, reicht aber auch bis zu älteren Eingewanderten, die, um Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu haben, ebenso Bildung wie Sprachkurse oder Weiterbildungsmaßnahmen benötigen. Hier können der Kreis und die kreisangehörigen Gemeinden auch selber einerseits als Arbeitgeber in Verwaltungseinrichtungen und andererseits als Dienstleister Integrationsarbeit leisten. Verwaltung, die sich auf die Bedürfnisse und Bedarfe der Migranten einstellt, kann so direkt vor Ort erste Integrationsarbeit leisten, denn meist ist dies der Ort des ersten Kontakts innerhalb der Gemeinde.

Nicht nur die Bevölkerung an sich, sondern auch die Migranten als solche sind vom demografischen Wandel betroffen. So passen sie sich erstens mit ihren Geburtenraten von Generation zu Generation den Geburtenraten der deutschen Bevölkerung an, zweitens hat sich gezeigt, dass der größte Anteil der Migranten im Kreis Gütersloh unter 25 Jahre alt ist. Dennoch ist bereits heute zu erkennen, dass in jeder Generation, die das Rentenalter erreicht, der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund zunimmt. Dies stellt den Kreis vor besonderen Herausforderungen. Trotz stattgefundener Integration, werden die Bedürfnisse und Gewohnheiten dieser älteren Menschen zum Teil andere sein, als die der deutschen Bevölkerung. Hier müssen auf diese Bedürfnisse zugeschnittene Unterstützungsprogramme entwickelt werden.

Eine Steuerung durch den Kreis und die kreisangehörigen Gemeinden mit konkreten Zielsetzungen ermöglicht so ein einheitliches Bild im Sinne der Integration. Ein regelmäßiges und stetiges Monitoring und eine Analyse der Entwicklungen zeigt, wie erfolgreich der Prozess war. So kann durch Anpassungen an die jeweilige aktuelle Entwicklung ein immer passendes Gesamtkonzept „Integration und Migration“ im Kreis Gütersloh erfolgreich verlaufen.

8. Handlungsfeld Infrastruktur, ÖPNV und Siedlungsflächenentwicklung

Die veränderte Altersstruktur der Bevölkerung mit weniger Kindern und mehr älteren Menschen erfordert im Kreis Gütersloh neue Anstrengungen für ein passgenaues, langfristig tragfähiges und finanzierbares Infrastrukturangebot. Dabei steht der Kreis Gütersloh vor der Aufgabe, einerseits Anpassungskonzepte zur Sicherung der Daseinsvorsorge speziell für ältere Menschen zu entwickeln und andererseits kinder- und familienfreundlichere infrastrukturelle Rahmenbedingungen zu schaffen.

Infrastruktureinrichtungen und Dienstleistungen sind vor allem in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Soziales, Kultur, Verkehr sowie Ver- und Entsorgung neu zu ordnen und zukunftsfähig auszurichten. Die Verschiebungen in der Altersstruktur werden im Kreis Gütersloh zu einer veränderten Nachfrage nach Infrastrukturangeboten führen und eine Umgestaltung erforderlich machen.

In den nun folgenden Ausführungen wird ein Orientierungsrahmen für die Felder Infrastruktur, ÖPNV und Siedlungsflächenentwicklung dargestellt. Im Unterschied zu den anderen, im Demografiebericht dargestellten Handlungsfeldern, kann zu diesem Zeitpunkt nicht ausführlich auf diese Handlungsfelder eingegangen werden. Voraussetzung dafür sind in jedem Fall genaue Angebots- und Nachfrageanalysen für den gesamten Infrastrukturbereich. Sie bilden die Grundlage planerischer Konzepte und politischer Entscheidungen über denkbare Handlungsstrategien. Insofern wird im folgenden der Schwerpunkt auf die Skizzierung der zukünftigen Herausforderungen gelegt.

Infrastruktur

Bei der Entscheidung über zukünftige Infrastrukturangebote ist für jeden einzelnen Versorgungsbereich zwischen Ausbau, Anpassung und Rückbau zu entscheiden³³:

- Zum Ausbau von Infrastrukturleistungen gehört für den Kreis Gütersloh zukünftig sicherlich der **Neubau** von Alten- und Pflegeeinrichtungen oder auch, der politischen Prioritätensetzung folgend, der Ausbau der Kinderbetreuung als familienpolitische Maßnahme für mehr Nachwuchs und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
- Die **Anpassung** von Infrastrukturleistungen bedeutet die Verkleinerung, Angebotsumstrukturierung, räumliche und eventuell auch personelle Flexibilisierung, oder auch die Suche nach neuen Trägerschaften und Allianzen.
- Der **Rückbau** von Infrastrukturleistungen kommt insbesondere in denjenigen Gemeinden zum Tragen, in denen beispielsweise durch den Rückgang der Kinderzahlen, Schulen verkleinert oder Kindergärten ganz geschlossen werden müssen. Schließungen sind dabei in enger Abstimmung mit den Nachbargemeinden durchzuführen, da bestehende Standorte neues Gewicht erhalten. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Rückbau nicht immer mit dem Verlust an Attraktivitäten gleichzusetzen ist, sondern auch die Handlungsspielräume der Kommune für andere öffentliche Aufgaben erweitert.

³³ Quelle: www.bbr-bund.de/moro

Die Anpassung der Infrastrukturangebote an den demografischen Wandel besteht aus vielen Einzelbausteinen und erfordert einen umfassenden dialogorientierten und kreativen Ansatz, der nur in dem Zusammenspiel der Städte und Gemeinden erfolgreich umzusetzen ist. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Sicherung der Infrastrukturangebote ein komplexes Querschnittsthema ist, alle Fachbereiche und Planungsebenen betrifft und eine Bestandsaufnahme der Infrastrukturangebote erfordert.

Ein Patentrezept für eine angemessene und effiziente Anpassung der Infrastrukturen gibt es nicht, bisherige Angebote lassen sich auf vielfältige Weise modifizieren. Wichtig für alle Anpassungsmaßnahmen ist die Konzentration wichtiger Infrastrukturangebote an zentralen Orten, insbesondere im ländlichen Raum. Dafür ist eine aktive interkommunale Kooperation unabdingbar. Zudem ist eine Integration mehrerer Leistungsangebote an einem Ort anzustreben, wie es z.B. bei den Familienzentren vorgesehen ist. Schließlich ist die räumliche Konzentration von Infrastrukturen immer mit einer Sicherung bzw. auch Verbesserung der verkehrlichen Erreichbarkeit begleitet werden.

ÖPNV

Der Zusammenhang zwischen demografischem Wandel und ÖPNV wird oftmals unterschätzt, ist jedoch ebenfalls bei den zukünftigen Planungen zu berücksichtigen. Zwei grundlegende demografische Faktoren sind dabei im Blick zu halten: Durch den langfristigen Rückgang der Schülerzahlen ist mit einem Rückgang der Schülerbeförderung zu rechnen. Dies ist insofern zu beachten, da im Kreis Gütersloh gemäß des Zweiten Nahverkehrsplans³⁴ aus dem Jahr 2004 rund 55 % der Fahrgäste Schüler sind. Rund 2/3 der Einnahmen im ÖPNV des Kreises Gütersloh werden durch die Schülerbeförderung erzielt.

Zudem haben vor allem die Veränderungen der altersstrukturellen Zusammensetzung der Bevölkerung erhebliche Implikationen für die Anforderungen an den ÖPNV und die Mobilität insgesamt.

Hinsichtlich des Mobilitätsverhaltens gehen Experten von den folgenden Langfristrends aus³⁵:

- Zunahme des Führerscheinbesitzes und der PKW-Verfügbarkeit (insbesondere bei Frauen und älteren Menschen). Die Gruppe der Führerscheinlosen, also der Schüler und Auszubildenden, wird kleiner, während die Gruppe der Älteren zunimmt.
- Zunahme der Anzahl alltäglicher Wege pro Person infolge abnehmender Haushaltsgrößen, steigender Anzahl der Ein-Personen-Haushalte, verstärkter Erwerbsbeteiligung der Frauen, zunehmender Mobilität vor allem auch älterer Menschen sowie der Ausdifferenzierung der Lebensstile
- Veränderte Bedürfnisse insbesondere älterer Menschen an die Qualität des ÖPNV (Stichwort Barrierefreiheit)

³⁴ Quelle: Zweiter Nahverkehrsplan des Kreises Gütersloh, 27.03.2004.

³⁵ Quelle: Weert Canzler, Andreas Knie, Demographie und Verkehrspolitik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 2007.

Siedlungsflächenentwicklung

Das Bevölkerungswachstum des Kreises Gütersloh ging in den letzten Jahren mit einem hohen Flächenverbrauch einher. Der Blick auf die demografische Entwicklung bis zum Jahr 2020 gibt hier jedoch den Anlass, die Fragen der zukünftigen Siedlungsflächenentwicklung stärker in den Vordergrund zu stellen. Dabei geht es vor allem darum, den Umgang mit der Ressource Fläche sensibel zu handhaben und die Akteure für das Thema zu sensibilisieren.

Die folgenden Tabellen geben zunächst eine Übersicht über die Entwicklung der Wohn- und Gewerbeflächen in den Städten und Gemeinden des Kreises Gütersloh:

Entwicklung der Wohnfläche in ha (1994 – 2005)			
Städte/Gemeinden	Fläche in ha		Unterschied in ha
	01.07.1994	01.01.2005	
Borgholzhausen	133,93	162,31	28,38
Gütersloh	1884,21	2125,31	241,10
Halle	424,16	471,05	46,89
Harsewinkel	461,94	548,29	86,35
Herzebrock-Clarholz	270,59	316,20	45,61
Langenberg	126,68	160,12	33,44
Rheda-Wiedenbrück	832,67	927,77	95,10
Rietberg	531,08	620,08	89,00
Schloß Holte-Stukenbrock	467,10	541,92	74,82
Steinhagen	336,88	411,60	74,72
Verl	352,76	426,31	73,55
Versmold	361,00	431,42	70,42
Werther	203,42	223,56	20,14
Kreis Gütersloh	6386,42	7365,94	979,52

Quelle: Kreis Gütersloh, Eigene Darstellung.

Entwicklung der Gewerbeflächen in ha (1994 – 2005)			
Gemeinde	Fläche in ha		Unterschied in ha
	01.07.1994	01.01.2005	
Borgholzhausen	35,44	59,86	24,42
Gütersloh	461,70	558,16	96,46
Halle	153,76	167,99	14,23
Harsewinkel	143,34	163,36	20,02
Herzebrock-Clarholz	99,06	124,16	25,10
Langenberg	41,98	53,74	11,76
Rheda-Wiedenbrück	317,29	361,59	44,30
Rietberg	123,07	179,65	56,58
Schloß Holte-Stukenbrock	124,35	153,35	29,00
Steinhagen	123,13	143,55	20,42
Verl	113,08	179,93	66,85
Versmold	111,35	141,38	30,03
Werther	58,50	73,01	14,51
Kreis Gütersloh	1906,05	2359,73	453,68

Quelle: Kreis Gütersloh, Eigene Darstellung.

Beim Thema Flächenentwicklung spielen die folgenden drei Aspekte im Zusammenhang mit dem demographischen Wandel eine große Rolle:

- Vielerorts ist ein stark rückläufiges Tempo bei den Suburbanisierungsbewegungen und der Umlandwanderung zu beobachten.
- Verstärkt wird diese Entwicklung durch den „Trend zurück in die Stadt“, d. h. dem Wunsch der Menschen verschiedener Altersgruppen innerörtlich- und städtisch zu wohnen und hier die Vorzüge der kurzen Wege zu genießen. Letzteres gewinnt gerade auch für ältere und alte Menschen an Attraktivität, da insbesondere bei eingeschränkter Mobilität kurze Wege zur den wichtigsten Versorgungseinrichtungen von Ärzten, Lebensmittelläden bis hin zum Friseur eine bedeutende Rolle spielen.
- Die Ausweisung von Neubaugebieten ist mit langfristig steigenden Infrastrukturfolgekosten verbunden.

Im folgenden wird die Thematik der Infrastrukturfolgekosten besonders aufgegriffen.

Bei der Planung von Neubaugebieten werden die langfristigen Infrastrukturfolgekosten, die nicht vollständig vom Eigentümer getragen werden, oftmals zu wenig beachtet. Dazu zählen z. B. die Kosten der sozialen Infrastrukturerweiterung, für kontinuierlich anfallende Betriebskosten sowie für im Zeitverlauf erforderliche Instandhaltungs- und

Erneuerungsinvestitionen, die zum Teil von den Kommunen selber, zum Teil von der Gesamtheit der Infrastrukturnutzer zu tragen sind.

Bei einem fortschreitendem Flächenverbrauch und abnehmender Bevölkerungszahl werden zunehmende Infrastrukturaufwendungen auf weniger Schultern verteilt, was sich mittelfristig in steigenden Gebührenbelastungen äußern wird. Letztendlich bedeutet dies, dass weniger Einwohner für konstante oder gar steigende Netzaufwendungen aufkommen müssen.

Vergleiche von Neubaugebieten zeigen eine enorme Bandbreite bei den Kosten für die ordnungsgemäße Erschließung, wozu hier neben den Aufwendungen für die erstmalige Herstellung von Erschließungsanlagen auch der Betrieb, die Unterhaltung, Instandsetzung und Erneuerung gezählt werden. Wichtigster Kostenfaktor ist die bauliche Dichte – grundsätzlich gilt, dass die spezifischen Kosten (Kosten je Wohneinheit oder je m² Nutzfläche) umgekehrt proportional zur baulichen Dichte stehen. Als Faustformel lässt sich mit Blick auf zahlreiche Studien festhalten: „halbierte Dichte – doppelte Kosten“.

Ein zweiter bedeutender Faktor ist der Standort – hier gilt, dass Neubaugebiete umso kostengünstiger sind, je geringer der äußere Erschließungsaufwand ist. Als besonders vorteilhaft erweisen sich Innenbereichsvorhaben, die vollständig ohne (innere und äußere) Erschließungsaufwendungen realisierbar sind. Aber auch größere Innenbereichsvorhaben sind im Vergleich zu Neubauvorhaben „auf der grünen Wiese“ kostengünstiger, weil in der Regel keine oder eine minimale äußere Erschließung erforderlich ist.³⁶

Abschließend sei angemerkt, dass es gerade im Bereich der Siedlungsflächenentwicklung auf einen intensiven Dialog und die Kooperationsbereitschaft der Akteure ankommt. Die Verantwortung für die örtliche Planung unterliegt natürlich der Planungshoheit der Kommunen des Kreises. Gute Erfahrungen mit dem Prozess einer abgestimmten Siedlungsflächenentwicklung wurden im Lebens- und Wirtschaftsraum Rendsburg mit einem Strukturfond gesammelt. Dafür zahlen alle beteiligten Gemeinden Beiträge in einen regionalen Fonds entsprechend ihres im jeweiligen Berechnungszeitraum erzielten Einwohnerzuwachses. Das Modell des Lebens- und Wirtschaftsraumes Rendsburg ist das Ergebnis eines langen und umfangreichen Diskussionsprozesses, der natürlich nicht ohne weiteres auf andere Kommunen übertragen werden kann, aber als praktisches Beispiel herangezogen werden kann³⁷.

Durch eine zukunftsgerichtete Flächenentwicklung können bereits heute die Weichen dafür gestellt werden, dass die urbanen Zentren in den Städten erhalten und die Innenstädte und Ortskerne im Sinne der insgesamt immer älter werdenden Bevölkerung – für die Lebensqualität nicht zuletzt von kurzen Wegen abhängt – attraktiv und vielfältig bleiben.

³⁶ Siedentop, S., Schiller, G., Gutsche, J.M., Koziol, M., Walther, J. (2006): Infrastrukturkostenrechnung (IKR) in der Regionalplanung. Ein Leitfaden zur Abschätzung der Folgekosten alternativer Bevölkerungs- und Siedlungsszenarien für soziale und technische Infrastrukturen. Reihe „Werkstatt-Praxis“, Heft 43. Bonn: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung

³⁷ Details unter www.buedelsdorf.de (Stichwort Planung & Wirtschaft/ GEP)

8.1 Herausforderungen

In den Handlungsfeldern Infrastruktur, ÖPNV und Siedlungsflächenentwicklung sind die folgenden Herausforderungen zu benennen:

1. **Alle (neuen) Infrastrukturen am zukünftig absehbaren Bedarf orientieren**

Im Hinblick auf die sich verändernden Bevölkerungsstrukturen gilt es sowohl Tragfähigkeitsprobleme als auch eine Überdimensionierung der Infrastruktur zu vermeiden.

2. **Bedarfsgerechte, möglichst hochwertige, gut erreichbare und gleichzeitig finanziell tragbare Versorgung für alle Bürger.**

Dafür bedarf es frühzeitiger Analysen, welche Infrastruktureinrichtungen in welcher Intensität in den Kommunen erhalten oder geschaffen werden müssen. Deshalb sind bei allen Erschließungsmaßnahmen die direkten oder indirekten langfristigen Folgekosten zu berücksichtigen.

3. **ÖPNV an veränderte Bedürfnislagen anpassen und dementsprechend weiterentwickeln**

Die demografische Entwicklung erfordert eine zukunftsorientierte Anpassung des ÖPNV-Angebotes an die Bedürfnisse spezieller Nutzergruppen. Die größte Veränderung im Kreis Gütersloh wird es hier angesichts des Rückgangs der Schülerzahlen geben. Zudem werden auch erweiterte Serviceangebote für ältere Menschen notwendig sein (z. B. Barrierefreiheit, „Sprechende Bushaltestellen“³⁸).

4. **Mobilität sichern**

Der steigende Anteil älterer Menschen, einhergehend mit der Neustrukturierung und zunehmenden Zentralisierung von Versorgungseinrichtungen, erfordert eine ständige Weiterentwicklung und vor allem neue flexible Mobilitätsangebote. Unter der Prämisse begrenzter finanzielle Spielräume sind hier Bürger und Leistungsanbieter gemeinsam aufgefordert, die Möglichkeiten für flexible Angebote wie Anruf-System, Haus-zu-Haus-Verkehr, Bürgerbus, Postbus etc. zu prüfen und auszubauen.

5. **Zersiedelung vermeiden**

Aus präventiver Sicht ist es notwendig, einer möglichen Zersiedelung bereits heute aktiv entgegen zu wirken und eine kompakte, in die vorhandenen Strukturen integrierte Siedlungs- und Gewerbeflächenentwicklung zu gewährleisten. Dies erfordert in erster Linie eine zielorientierte bauliche Entwicklung innerhalb der Städte und Gemeinden, die den Flächenbedarf einerseits befriedigt und andererseits die in Frage kommenden Standorte für neue Wohn- und Gewerbebauten auf ihre Zukunftstauglichkeit in Zeiten des demografischen Wandels überprüft.

³⁸ Diese werden im Jahr 2007 in der Stadt Münster als einziger NRW-Kommune eingeführt.

6. Infrastrukturfolgekosten bei der Siedlungsflächenentwicklung berücksichtigen

Bei der Planung von Neubaugebieten sind die langfristigen Infrastrukturfolgekosten stärker als bisher zu berücksichtigen, da diese angesichts der demografischen Entwicklung perspektivisch auf weniger Schultern verteilt werden. Darüber ist ein intensiver Dialog erforderlich.

7. Innenentwicklung fördern

Dieser zentrale Grundsatz des kommunalen Flächenmanagements sollte bei der Ausrichtung der zukünftigen Siedlungsentwicklung höhere Priorität gewinnen. So können die Städte und Gemeinden bereits heute darauf hinwirken, dass die innerorts und –städtisch zur Verfügung stehenden Freiflächen, Brachen, Baulücken und Baulandreserven intensiv genutzt werden. Unterstützt wird diese Entwicklung durch den Trend zurück in die Stadt/Ortskerne, der auch im Kreis Gütersloh als langfristiger Entwicklungstrend im Auge zu behalten ist.

8. Flächenmanagement in regionaler Verantwortung betreiben

Ein regionales Flächenmanagement gehört zu den wichtigsten Aufgabenfeldern bei der Steuerung der zukünftigen Siedlungsflächenentwicklung. Vor allem Zentren und Umland müssen sich auf bedarfsgerechte Flächenausweisungen verständigen, um gemeinsam die Infrastrukturfolgekosten beherrschen zu können. Regionales Flächenmanagement ist als freiwillige Kooperation benachbarter Kommunen zu verstehen. Im Mittelpunkt steht dabei die Verständigung über zukünftige Entwicklungsziele auf der Basis von Folgekostenabschätzungen.

Literatur- und Quellenverzeichnis

Bezirksregierung Detmold (Hrsg.) (2006): Keil, Hans-Joachim: „Atlas der Bildungslandschaft allgemeinbildender Schulen in Ostwestfalen-Lippe und im Landesvergleich – Schulbesuche und Schulabschlüsse der männlichen und weiblichen Ausländer- und Aussiedler-Schüler im Vergleich mit einheimischen deutschen Schülerinnen und Schülern“. Im Internet unter:

http://www.brdt.nrw.de/RegionOwl/KreiseGemeinden/Strukturdaten/Vor_10_AtlasAllgSch.pdf

Bertelsmann Stiftung, Erfolgreiche Integration ist kein Zufall. Strategien kommunaler Integrationspolitik. Gütersloh 2005; www.erfolgreiche-integration.de.

Demografieberichte des Kreises Borken, des Landkreises Holzminden und der Stadt Rietberg.

Demografiecheck Ostwestfalen-Lippe, Aktion Demografischer Wandel, Bertelsmann Stiftung, I/2007.

Demografie konkret, Seniorenpolitik in den Kommunen, Bertelsmann Stiftung, 2007.

Die Zukunft des Alterns, Die Antwort der Wissenschaft, Ein Report der Max-Planck-Gesellschaft, Peter Gruss (Hrsg.), März 2007.

IFoB, Universität Bielefeld, Bevölkerungsvorausberechnung für den Kreis Gütersloh, Juli 2007.

Integration in OWL, ein Überblick über Integrationsdaten und Integrationspolitiken in den Kreisen gütersloh, Herford, Höxter, Minden-Lübbecke und in der Stadt Bielefeld, Bertelsmann Stiftung, Mai 2007.

LDS NRW, Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen

Leben und Wohnen im Alter, Stiftung Warentest in Kooperation mit dem Kuratorium Deutsche Altershilfe und der Bertelsmann Stiftung, 2006.

Pflegeplan, Auszug aus dem Entwurf des Pflegeplans für den Kreis Gütersloh, 01.08.2006.

Dr. Bernhard Santel, Zentrale Resultate der Sonderauswertung aus dem Mikrozensus 2005 für Nordrhein-Westfalen, Thesenpapier.

Siedentop, S., Schiller, G., Gutsche, J.M., Koziol, M., Walther, J. (2006):
Infrastrukturkostenrechnung (IKR) in der Regionalplanung. Ein Leitfaden zur
Abschätzung der Folgekosten alternativer Bevölkerungs- und Siedlungsszenarien für
soziale und technische Infrastrukturen. Reihe „Werkstatt-Praxis“, Heft 43. Bonn:
Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung

Statistikbericht Kreis Gütersloh, März 2007.

Wegweiser Demografischer Wandel, Analysen und Handlungsansätze für Städte und Gemeinden, Bertelsmann Stiftung, Februar 2006. Im Internet unter www.wegweiserdemografie.de.

Öffentliche Beschlussvorlagen:

Abschlussbericht über die Weiterentwicklung der offenen Seniorenarbeit und den Ausbau des Ehrenamts/bürgerschaftliches Engagement, Drucksache 1707, 18.05.2006, Kreis Gütersloh.

Ausbildung 2007 – Maßnahmen des Kreises Gütersloh, Drucksache 1919, 6.03.2007.

Ausbildungssituation im Kreis Gütersloh, Drucksache 1715/1, 06.06.2007.

Bericht über die Aufgabenwahrnehmung des „Betreuten Wohnen“ einschließlich der übrigen Eingliederungshilfeleistungen, Drucksache 1921, 8.03.2007.

Familienzentren „Modell NRW“, Auswahl der Einrichtungen für die Landesförderung ab 1.08.2007, Drucksache 2019, 6.06.2007.

Gesundheitsbericht 2004 des Kreises Gütersloh, Drucksache 1513, 01.06.2005.

Integrationsmaßnahmen im Kreis Gütersloh, Drucksache 1936, 15.03.2007, Kreis Gütersloh.

Kinder- und Jugendförderplan für den Kreis Gütersloh 2007/2009, Drucksache 1877, 17.01.2007.

Kompetenzagentur Kreis Gütersloh, Drucksache 1933, 15.03.2007.

Kontraktmanagement: Strategische Ziele und Handlungsschwerpunkte der Kreisverwaltung, Drucksache 1732, 30.05.2006.

Kreisprogramm „Ausbildung fördern“, Drucksache 1777, 30.08.2006.

Rahmenvereinbarung über die Gestaltung und Vernetzung der offenen Seniorenarbeit, Pflege- und Wohnberatung sowie der kommunalen Pflegeplanung, Drucksache 1918, 6.03.2007.

Projekt „Erfolgreich in Ausbildung“ zum systematischen Übergangmanagement, Drucksache 1920, 6.03.2007.